Streiflichter aus Albanien Teil 2 Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 16. Dezember 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Keiner darf entlassen werden!

Zehntausende kämpfen gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit

Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen und anderen Werktätigen demonstrierten Anfang Dezember mit Kurzstreiks, Protestmärschen und Massenkundgebungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen, gegen Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit. In Witten legten am 5. Dezember 3.000 Kollegen im Edelstahlwerk von Thyssen für zwei Stunden die Arbeit nieder und demonstrierten in den Straßen der Innenstadt. Ihr Protest richtet sich gegen die geplante Stillegung eines Elektrostahlwerks, von der 250 Arbeitsplätze betroffen sind. Am 7. Dezember marschierten in Bremen 5.000 Menschen durch die Straßen, um erneut gegen drohende Stillegungen und Massenentlassungen bei VFW/Fokker zu demonstrieren. Zur gleichen Zeit streikten und demonstrierten auch in Speyer 1.500 Menschen gegen Stillegungen bei den dortigen VFW/Fokker-Werken. Zugleich fand in Speyer zur Unterstützung der VFW-Arbeiter in vielen Betrieben ein kurzer Warnstreik statt, an dem insgesamt 4.000 Kollegen beteiligt waren.

Mehrere Tausend Menschen demonstrierten Anfang Dezember auch in Saarbrücken-Burbach gegen die angekündigte Vernichtung von 3.500 Arbeitsplätzen auf der Burbacher Hütte, die zum Röchlingkonzern gehört. In über 50 Zeitungsdruckereien kam es zu Warnstreiks der Druckereiarbeiter gegen den geplanten brutalen Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten in der Druck- und Verlagsindustrie. Zu diesen Kämpfen kommen noch zahlreiche Massendemonstrationen gegen Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lehrstellen, an denen vorwiegend Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten teilnahmen. In Hamburg und Essen waren es jeweils 25.000, die durch die Straßen marschierten.

Immer deutlicher schälte sich in den vergangenen Monaten heraus, daß die Wirtschaftskrise nichts Vorübergehendes ist. Massenarbeitslosigkeit und zunehmendes Elend gehören zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Hunderttausende sind heute akut von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind gegenwärtig „5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse instabil". In der Stahlindustrie, im Flugzeugbau, im Schiffbau, in der Druckindustrie und in den meisten anderen Branchen stehen schwere Massenentlassungen bevor.

Eine Anhäufung von Massenprotesten und Kampfaktionen wie in den ersten Dezembertagen gab es schon seit Jahren nicht mehr. Das zeigt die wachsende Entschlossenheit der werktätigen Massen und der Jugend, sich gegen die brutalen Angriffe der Kapitalisten und ihres Ausbeuterstaates zu wehren. Weder die zunehmenden Einschüchterungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalisten und des Staates, noch die Abwieglerpolitik und das hinterhältige Streikbrechertum des DGB-Apparates können die Massen daran hindern, sich zu Kämpfen für die Verteidigung ihrer Interessen zu erheben.

Während der Bonner Staat in Worten „Besorgnis" über die Arbeitsplatzvernichtung heuchelt, unterstützt er sie in Wahrheit mit allen Mitteln. Allein die Stahlkonzerne sollen, wie jetzt angekündigt, Milliardenzuschüsse aus Steuergeldern als Subventionen für ihre Rationalisierungsfeldzüge erhalten. Das Geschrei der DKP und des DGB-Apparats nach Verstaatlichung als angeblichem Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze ist ein unerhörter Betrug.

Zwar stehen die Kämpfe und Protestaktionen bis zu einem gewissen Grad noch unter dem Einfluß und teilweise der Kontrolle des DGB-Apparates und revisionistischer und sozialdemokratischer Arbeiterverräter. Aber es gelingt diesen Agenten der Kapitalistenklasse immer weniger, die Massen vom Kampf abzuhalten oder sie auf harmlose Bittschriften und Appelle an den Staat und die Parteien zu orientieren. Immer mehr Werktätige erkennen die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfs, immer mehr setzen sich ein für die Organisierung von Kampfaktionen gegen die Angriffe der Kapitalisten.



Ca. 3.000 Arbeiter der Thyssen-Stahlwerke in Witten demonstrierten am 5. 12. gegen die geplante Stillegung des Elektrostahlwerks, das erst vor vier Jahren für 26 Millionen DM aufgebaut wurde.

NATO-Tagung

Verschärfte Aufrüstung beschlossen

NATO-Generalsekretär Luns, berüchtigt als Scharfmacher und bekannt als Schwarzseher, zeigte sich erfreut: „Endlich einmal geht ein Jahr zu Ende, in dem Warnungen nicht ungehört verhallten", erklärte er bei den Brüsseler NATO-Tagungen, die letzte Woche abgeschlossen wurden. Der Grund für seine Freude: Um 20 Milliarden Dollar sind in diesem Jahr die Rüstungsausgaben dieses imperialistischen Kriegsblocks auf die Rekordhöhe von 165 Mrd. Dollar hochgeschraubt worden.

Und in diesem Tempo soll es weitergehen. Für das nächste Jahr einigten sich die westlichen Kriegsminister auf ein neues Programm der verschärften Aufrüstung, das u. a. 112 neue Kampfflugzeuge, 28 neue Kriegsschiffe und rund 1.600 neue Panzer vorsieht. Und in dieser Runde der NATO-Kriegstreiber wurde wieder einmal einer besonders herausgestellt: Der Bonner Kriegsminister Leber. Die westdeutschen Imperialisten haben nicht nur mit der Bundeswehr die zweitgrößte Militärmaschine des westlichen Blocks aufgebaut. Auch was die Aufbürdung der Rüstungslasten auf die Werktätigen, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet betrifft, liegen sie nach der amerikanischen Supermacht an der Spitze. So wurde denn in Brüssel offen darüber gesprochen, daß sich in Europa „die militärischen Proportionen immer mehr zugunsten Westdeutschlands verschieben."

Und diese Position als Juniorpartner Washingtons, als stärkste Militärmacht Westeuropas will Bonn noch weiter ausbauen. Das wurde deutlich, als Leber in Brüssel das gigantische Rüstungsprogramm des westdeutschen Imperialismus präsentierte. Danach sollen bis Mitte der 80er Jahre für die Bundeswehr beschafft werden: 1.800 Kampfpanzer Leopard 2.322 Kampfflugzeute Tornado, 175 Kampfflugzeuge Alfajet, 6 Fregatten, 154.000 Milan-Raketen usw. usf. Aber auch das reicht den Bonner Herren noch nicht. Sie waren diejenigen, die in Brüssel am lautesten nach amerikanischen Atomwaffen schrien.

Fortsetzung auf Seite 2

Kampf der Druckereiarbeiter gegen Rationalisierung

IG-Druck-Apparat verrät die Forderungen der Kollegen

In Hilden (bei Düsseldorf) traten in der vergangenen Woche die Arbeiter der Druckerei Rausch geschlossen in den Streik. Das ist ihre Antwort auf die fristlose Entlassung von zwei Kollegen (einer davon ist im Betriebsrat). Sie wurden entlassen wegen ihrer Teilnahme an den Warnstreiks nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen zur Einführung neuer Techniken in der Druckerei- und Verlagsindustrie. Die streikenden Arbeiter fordern die sofortige bedingungslose Wiedereinstellung der gemaßregelten Kollegen. Skrupellos und brutal reagierten die Bosse. Sie verhängten die Aussperrung über die Belegschaft. Aber wenn sie glauben, die Arbeiter dadurch einschüchtern und zur Kapitulation zwingen zu können, haben sie sich verrechnet! Die Kollegen haben Streikposten aufgestellt, und sie sind fest entschlossen, ihren Streik nicht eher abzubrechen, bis die beiden Entlassenen ohne Vorbedingung wieder eingestellt sind.

Fortsetzung auf Seite 4

Bundesjugendkongreß des DGB

Auf der anderen Seite der Barrikade

„STOP Jugendarbeitslosigkeit" hieß das Motto, unter dem die kürzlich abgehaltene Bundesjugendkonferenz des DGB stand. Auf dem Kongreß wurden auch andere Punkte behandelt. Wir wollen uns an dieser Stelle aber darauf konzentrieren, welchen Standpunkt der Jugendkongreß zu seinem Hauptthema, zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, eingenommen hat. Wachsende Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Lehrstellen, die miserable Situation bei der Berufsausbildung, das sind die Probleme, die heute der Arbeiterjugend am meisten auf den Nägeln brennen. Aber wie kann man dagegen kämpfen? Wie kann man etwas ändern? Das sind die Fragen, auf die es ankommt.

Welche Antwort gab hier der Kongreß? Entsprechen die Beschlüsse, die er hierzu faßte, wirklich den Interessen der Arbeiterjugend? Sicher, wir wollen nicht bestreiten, daß auf dem Kongreß auch einige

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Milliardendefizite in den Rentenkassen: Jetzt sollen doch die Beiträge erhöht werden 2
Atomkraftwerke in der DDR: Gefahr für Millionen 3
Überstundenverweigerung in der DDR: Von Geldstrafen bis zur Entlassung 3
Stahl- und Metalltarifrunde: Offene Drohungen der Kapitalisten 4
Zweite Woche Streik an den Hochschulen: Kämpferische Aktionen der Studenten 6
„Trennscheibe" in Hamburg schon eingeführt — Politische Gefangene noch weiter entrechtet 7
Massendemonstrationen in Spanien: Junger Arbeiter von der Polizei erschossen 10
KP der Arbeiter und Bauern des Iran gegründet: Resolution über die internationale Lage 11

Milliardendefizite in den Rentenkassen

Jetzt sollen doch die Beiträge erhöht werden

„Sicherheit für die Rentner", das war einer der Wahlslogans bei der Bundestagswahl im letzten Jahr. Sofort nach der Wahl kam heraus: Das war eine faustdicke Lüge. In Wirklichkeit steckte die Rentenversicherung in den roten Zahlen, hatte man bereits vor der Wahl geplant, die Rentenkasse auf Kosten der arbeitsfähigen Werktätigen und der Rentner zu „sanieren". Die Empörung darüber war groß. So groß, daß man die schon beschlossene Verabschiedung der Rentenanpassung vom 1. Juli dieses Jahres auf den 1. Januar 1978 wieder rückgängig machte und alle Bonner Politiker hoch und heilig schworen: Es wird keine Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung geben.

Eine erneute freche Lüge, wie sich jetzt zeigt. Denn jetzt kündigt Sozialminister Ehrenberg bereits völlig offen Beitragserhöhungen für die Rentenversicherung an. Zwar noch nicht für alle Werktätigen (sie müssen „erst" ab 1979 mit Betragserhöhungen rechnen). Schon jetzt aber sollen die Beiträge für einen Teil der Werktätigen erhöht werden, indem nun auch für Überstunden- und Nachtzuschläge Rentenbeiträge gezahlt werden sollen. Das bedeutet für die meisten Arbeiter, vor allem aber für die Schichtarbeiter, eine empfindliche Lohneinbuße.

Und auch die Rentner selber sollen erneut zur Kasse gebeten werden. Wie Minister Ehrenberg jetzt ankündigte, sollen ihre Renten am nächsten Anpassungstermin am 1. 1. 79 nur noch um wenige Prozente angehoben werden. Gleichzeitig wird erneut die Forderung laut, daß in Zukunft auch die Rentner Beiträge für die Krankenversicherung zahlen sollen. Was das für viele Rentner bedeutet, deren Rente schon heute zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, kann man sich leicht ausrechnen. Nicht umsonst war im Sommer die Empörung der Rentner sehr groß, als sie gezwungen wurden, für jedes Medikament, das sie auf Rezept bekommen, eine Mark zu zahlen.

Alle diese neuen Pläne zur „Sanierung" der Rentenversicherung auf Kosten der Werktätigen zeigen, was von den Versprechungen zu halten ist, wie sie im letzten Jahr von der Regierung gemacht wurden, als es hieß, man habe die vorübergehenden Schwierigkeiten bei der Rentenversicherung jetzt behoben, es bestehe kein Grund zur Sorge, wenn die Rentenversicherung in größere Schwierigkeiten kommen sollte, dann würde die Regierung einspringen.

Wie die Bonner Regierung „einspringt", das sieht man jetzt. Der kapitalistische Staat denkt nicht daran, seine Zuschüsse für die Rentenversicherung zu erhöhen, er denkt noch nicht einmal daran, die Milliarden, die er aus der Rentenkasse ausgeliehen hat, wieder zurückzuzahlen, damit die Rentenversicherung das Geld, das sie aus den Beiträgen der Werktätigen kassiert hat, auch tatsächlich ausgeben kann. Dabei handelt es sich um beträchtliche Summen. So geht etwa aus dem Geschäftsbericht der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hervor, daß insgesamt rund 20 Mrd. DM als Darlehen ausgeliehen sind. Für den kapitalistischen Staat sind die Rentenkassen also billige Kreditinstitute. Und die will er sich erhalten, indem die Werktätigen höhere Beiträge zahlen und die Rentner den Gürtel enger schnallen sollen. Was dabei aus den Rentnern wird, wie die Werktätigen mit einem Lohn auskommen, der durch immer höhere Steuern und Sozialabgaben immer mehr abgebaut wird, das ist ihm egal.

Wehren wir uns gegen die erneuten Angriffe auf die Rentner, kämpfen wir gegen alle Versuche des kapitalistischen Staates, die Lasten der Krise immer mehr auf die Werktätigen abzuwälzen!

Fischereiabkommen mit Island abgelaufen

Fisch soll um die Hälfte teurer werden

Bis zu 50% teurer werden soll im nächsten Jahr der Frischfisch. So verkündete es jetzt die westdeutsche Fischereiindustrie. Dieser unverschämte Preisauftrieb trifft vor allem die Familien der Werktätigen. Schon heute ist der Kabeljau, Rotbarsch oder Schellfisch nicht mehr die billige Alternative zum Fleisch. Das Kilo Rotbarsch kostet inzwischen 7,50 bis 8 DM, doppelt soviel wie noch vor fünf Jahren. Und für ihren neuen tiefen Griff in die Taschen der Verbraucher haben die Fischereikonzerne auch schon einen Schuldigen gefunden. Es ist — wieder einmal — die isländische Regierung.

In diesen Tagen ist nämlich das Fischereiabkommen zwischen Island und der Bundesrepublik ausgelaufen. Solange kein neues ausgehandelt ist, dürfen westdeutsche Fabrikschiffe und Trawler nicht in den Gewässern innerhalb der isländischen 200-Meilenzone auf Fang gehen. Jetzt jammern die Herren in den Chefetagen der Deutschen Unilever und von Oetker über einen angeblich „unvermeidlichen Preisauftrieb", über die Gefährdung von 40.000 Arbeitsplätzen an der Küste, die vom Fisch abhängen.

Aber wer treibt hier wirklich die Preise, wer gefährdet die Arbeitsplätze? Heute sind es nur vier Konzerne, die den deutschen Hochsee- und Küstenfischfang beherrschen: neben dem Lebensmittel-Multi Unilever und Oetker der Bremer Kaffeeröster Jacobs und der Hamburger Konzern Pickenpack. Sie haben systematisch die kleinen Kutterfischer an der Küste ruiniert. Und diese Konzerne haben nicht nur den Fang selbst, sondern auch die Verarbeitung des Fisches in ihren Fabriken und schließlich den Verkauf über ihre Handelsorganisationen wie die „Nordsee" in der Hand.

Heute gibt es nur noch etwa 700 kleine Küstenfischer, die gezwungen sind, ihren Fang an diese Konzerne zu verkaufen. Und dabei gewinnt man auch einen Einblick in die Preispolitik dieser Profithaie. Ein Kilo Hering etwa bringt den Küstenfischern ganze 30 bis 50 Pfennige, aber um diese Menge im Fischgeschäft zu kaufen, muß man das Zehnfache hinlegen. Und dieselben Leute, die sich solche Supergewinne einstreichen, jammern jetzt wieder über den „unvermeidlichen Preisauftrieb".

Was hat es nun mit dem Fischereiabkommen auf sich? Dieselben Konzerne, die bei uns die Preise treiben, haben jahrzehntelang eine regelrechte Raubfischerei in der Nordsee und den angrenzenden Gewässern betrieben, um möglichst billig den Fisch an Bord ihrer Fabrikschiffe zu ziehen. Ganze Arten sind heute vom Aussterben bedroht, weil sich die Konzernherren einen Dreck um die Schonzeiten gekümmert haben, die notwendig sind, damit sich der Fischbestand erneuern kann. Und zwei Drittel ihrer Fischmengen haben die Fangschiffe von Unilever, Oetker usw. aus den Gewässern um Island abgeschleppt. Weil dieses Land hauptsächlich vom Fisch lebt, sind dort gegen den erbitterten Widerstand vor allem der britischen und westdeutschen Imperialisten Schutzmaßnahmen getroffen worden, wie etwa die Errichtung einer 200-Meilenzone, in der die ausländischen Flotten nur aufgrund von Abkommen, die genaue Fangquoten festlegen, fischen dürfen.

Daß jetzt kein neues Abkommen zustandekommt, liegt jedoch nicht an Island, sondern an dem Konkurrenzkampf der Lebensmittelmonopole innerhalb der EG. Denn heute darf ein einzelnes EG-Land kein solches Abkommen mehr mit sogenannten Drittländern schließen. Derartige Verträge sind jetzt allein Sache der EG. Die Landwirtschaftsminister, die jeweils die Interessen der Monopole ihres Landes vertreten, konnten sich bislang noch nicht auf Richtlinien für solche Abkommen einigen.

Die Lebensmittelmonopole wollen dieses Gerangel im internationalen Konkurrenzkampf nutzen, um die Preise für Fisch brutal hochzuschrauben. Gleichzeitig kassieren dieselben Monopole Hunderte von Millionen an Subventionen aus Steuergeldern für die „notleidende Hochseefischerei". So greifen uns diese Profithaie auf doppelte Weise in die Taschen.

Verschärfte Aufrüstung beschlossen

Fortsetzung von Seite 1

Es ging dabei einmal um die Neutronenbombe und zum anderen um die Marschflugkörper Cruise Missile, die Atombomben über weite Entfernungen transportieren können. Washington will beide Waffen, die noch nicht in der Massenproduktion sind, zum Gegenstand des Geschachers mit Moskau bei den SALT-Verhandlungen machen. So soll in die SALT-Vereinbarungen eine Klausel aufgenommen werden, nach der während einer Dreijahresfrist die Cruise Missiles nicht in Europa stationiert werden.

Aber heißt das etwa, wie es hier die Springer-Presse bejammerte, daß Washington die Produktion der neuen Mordwaffen den SALT-Schachereien und der sogenannten „Entspannung" opfern würden? Vance erklärte unmißverständlich, daß von der Dreijahresklausel die Cruise Missiles mit einer Reichweite bis 600 km ohnehin ausgenommen wären und daß man den Vertrag ja auch nicht zu verlängern brauche. Und was die Neutronenbombe betrifft, da gelte noch immer das Wort Carters, daß die Europäer sie haben könnten, wenn sie nur wollten. Einige Staaten wie Dänemark mochten sich da noch nicht entscheiden. Die Bonner Imperialisten jedenfalls wollen sie, lieber heute als morgen.

So haben auch diese NATO-Tagungen wieder deutlich gemacht, daß der westliche Kriegsblock unter der Kontrolle der amerikanischen Supermacht seine Kriegsvorbereitungen stärker denn je vorantreibt, daß die Bundesrepublik mit der Einführung der Neutronenbombe noch mehr zum atomaren Pulverfaß gemacht werden soll. Und auf der anderen Seite, im Lager der Sozialimperialisten? Die Kreml-Herren und ihre Lakaien hatten ja eine breite Kampagne gegen die Neutronenbombe entfacht. Jetzt, als die NATO-Tagung den Einsatz dieser Vernichtungswaffe in Europa bestätigte, drohten sie unverhüllt: Die Sowjetunion könne auch „innerhalb kürzester Zeit jede Art von Waffen herstellen". Jede Art — damit meinen sie die Neutronenbombe.

Offen gesagt ...

Kappler - bewacht wie ein Minister

Das Haus ist schwer bewacht. Stacheldrahtrollen sind ausgelegt, dahinter Streifenwagen und — in einem Wohnwagen untergebracht — eine ständige Einsatzzentrale der Polizei. Wer sich dem Haus nähert, muß auf einiges gefaßt sein. Polizisten versperren einem sofort den Weg. Und man kann von Glück sagen, wenn sie „nur" den Ausweis kontrollieren. Es hat auch schon jemand versucht, das Haus zu fotografieren. Es ist ihm schlecht bekommen: Er fand sich von uniformierten Bewachern umringt. Die Kamera wurde ihm von der Schulter gerissen.

Aber all das spielte sich nicht vor dem Kanzleramt in Bonn, vor dem Innenministerium oder der Zentrale der Deutschen Bank ab. Das schwerbewachte Haus steht in Soltau. Es ist der Sitz des Kriegsverbrechers und Geiselmörders Kappler. Wie man sieht, läßt es sich der Bonner Staat einiges kosten, diesem Faschisten den notwendigen Schutz zu sichern, nachdem sich die Herren von Brandt bis Schmidt solche Mühe gegeben haben, den Massenmörder aus der Haft zu befreien. Kappler selbst scheint sich bei soviel Fürsorge blendend zu erholen. Der angeblich an Darmkrebs schwer Erkrankte raucht — wie seine Frau ausplauderte —, wieder „seine geliebten Senussi". Man unternimmt ausgedehnte Spaziergänge in die Lüneburger Heide. Und das Paar denkt jetzt daran, in eine repräsentative Villa im Stadtkern von Soltau umzuziehen.

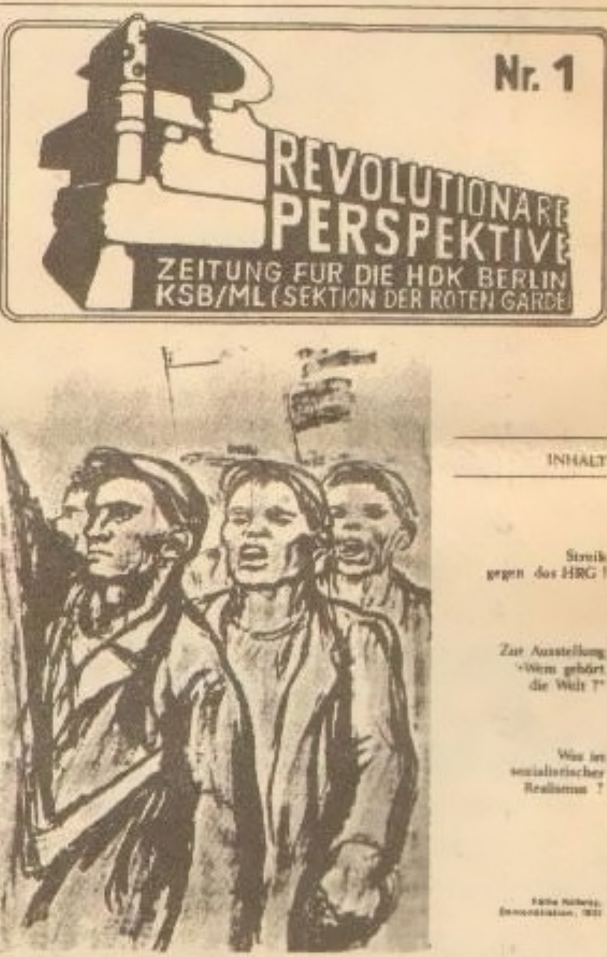
Offenbar soll hier ein Wallfahrtsort für alle möglichen faschistischen Elemente entstehen. Schon jetzt hatte sich ja dieser Abschaum gerne bei den Kapplers eingefunden. Und Wache vor dem Haus schoben nicht nur die Polizisten, sondern auch schwarzuniformierte Jungnazis. Und die Einsätze gegen Antifaschisten, die in Soltau demonstrierten, haben gezeigt, daß die Kappler-Garde im Schwarzhemd und die im Polizeirock bestens miteinander auskommen.


Hinter Stacheldraht die Einsatzzentrale der Polizei.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Noch rechtzeitig vor dem bundesweiten Streik der Studenten erschien an der Westberliner Hochschule der Künste die erste Ausgabe der „Revolutionären Perspektive", der Zeitung des KSB/ML. Die Zeitung enthält einen Aufruf zum Streik gegen das Hochschulrahmengesetz. Sie setzt sich außerdem mit verschiedenen bürgerlichen Kunstrichtungen auseinander und propagiert den sozialistischen Realismus.



HEIDELBERG

An der PH in Heidelberg ist die erste Nummer der Zeitung des KSB/ML erschienen. „Das revolutionäre Bündnis" ruft ebenfalls zum Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz auf und stellt den KSB/ML, die Sektion der Roten Garde für die Studenten, vor.



BREMEN

„Links der Weser" ist der Titel einer neuen Stadtteilzeitung der KPD/ML in Bremen. Sie wird für die Bremer „Neustadt" herausgegeben. In der Zeitung wird ein Interview mit dem Sozialarbeiter Peter Brosch über die skandalösen Verhältnisse im Isenbergheim abgedruckt. Die Genossen decken außerdem einen Skandal an der Schule in der Kornstraße auf, wo türkische Kinder aus der Schule geworfen wurden. Ein anderer Artikel prangert die Verschärfung der politischen Unterdrückung an, die der Bonner Staat unter dem Deckmantel der Terroristenhetze betreibt.



AHLEN

Auf Empörung stieß auch in Ahlen der Film „Hitler — eine Karriere". Am Tag der ersten Vorstellung waren die Kinofassade und das Ahlener Rathaus mit den Parolen „Tod dem Faschismus!" und „Kein Hitler-Film in Ahlen — KPD/ML" verziert. Von den vorher groß angekündigten Aktionen der DKP-Revisionisten dagegen war nichts zu sehen.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Atomkraftwerke

Ein Riesengeschäft für Moskau

Jeder weiß, in der Sowjetunion lagern ungeheure Vorkommen an Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Sozialimperialisten sprechen jedoch ungeniert von der angeblich „unvermeidlichen Energiekrise". Nichts als ein Vorwand, um den Bau von lebensgefährlichen Atomkraftwerken voranzutreiben. Um über den Export von Reaktoren in die RGW-Länder diese Länder noch mehr abhängig zu machen und auszuplündern. Ob das Leben von Millionen mit diesen Kraftwerken gefährdet wird, das zählt nicht. „Nichts ist ohne Risiko", heißt es zynisch.

Der Fünf-Jahres-Plan für die Sowjetunion sieht den Bau zahlreicher Groß-Atomkraftwerke vor. 1980 soll schon zwanzig Prozent der Elektroenergie aus Reaktoren kommen. Und nicht nur dort: In der DDR, der CSSR und Bulgarien sind ebenfalls schon Atommeiler sowjetischer Bauart installiert. In Ungarn und Rumänien werden sie gebaut. Polen hat die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Sogar in Kuba planen die Sowjets den Bau von Reaktoren.

„Brüderliche Zusammenarbeit"? Nein, ein Riesengeschäft für die Sozialimperialisten. Ein führender Atomphysiker der Sowjetunion gab das unumwunden zu. „Die Notwendigkeit verstärkter Entwicklung der Kernenergetik für die Stromerzeugung ergibt sich für die Sowjetunion nicht so sehr aus Gründen der Knappheit fossiler Energieträger (also Kohle, Erdöl usw.), sondern besonders aus ökonomischen Gründen." Bereits jetzt beträgt der Produktionspreis pro Kilowattstunde 0,6 Kopeken, ebenso viel wie bei herkömmlichen Kraftwerken. Die geplanten 1.000-Megawatt-Reaktoren können noch billiger sein. Also mehr Profit. Ob das Leben gefährdet wird, unwichtig!

Der Bau der Atomkraftwerke in den anderen Ländern des Warschauer Pakts wird ebenfalls von Moskau aus organisiert. Seit 1960 wird der Bau von Reaktoren zentral für den gesamten RGW von einer Kommission (SKA) geleitet, in der die Sowjetunion die entscheidenden Positionen mit ihren Experten besetzt hält. 1972 zwang Moskau den anderen Ländern im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration" die Gründung von „Interatomenergo" auf. Die offizielle Aufgabe: „Sie hat den Bedarf und die Produktion von Ausrüstungen für Atomkraftwerke zu koordinieren und Vorschläge zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion zu unterbreiten."

Praktisch sieht diese Spezialisierung so aus, daß sämtliche Atomkraftwerke in der Sowjetunion produziert werden. Im südrussischen Wolgodonsk wird dazu ein Riesenkombinat aufgebaut, in dem Reaktoren vom Fließband laufen sollen. Die Montage der Reaktoren in den anderen Ländern geschieht unter sowjetischer Oberaufsicht. Zwar bilden die einzelnen Länder auch Kernenergie-Fachkräfte aus, aber ihren „letzten Schliff" erhalten sie in der Sowjetunion. So behält die Sowjetunion das Monopol über das technisch-wissenschaftliche „Know-how".

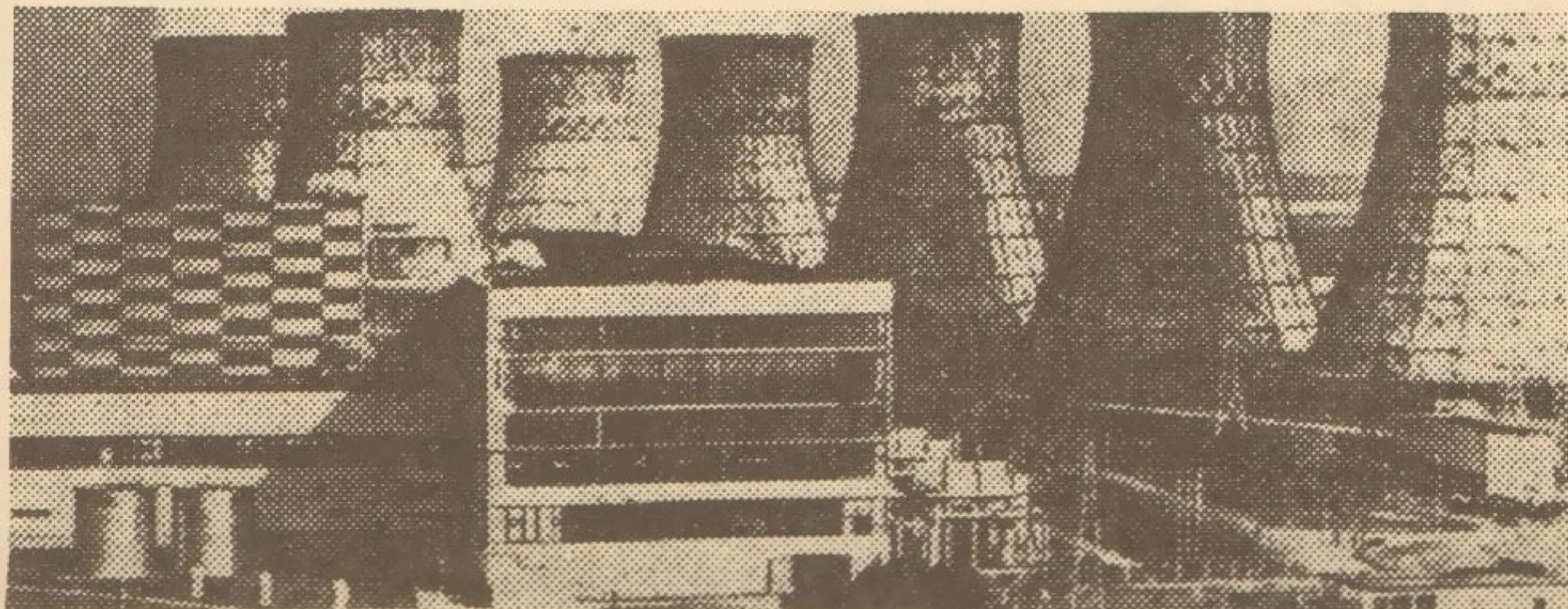
Die Atomkraftwerke, auch in der DDR, werden von sogenannten „supra-nationalen" Gesellschaften betrieben, an denen die Sowjetunion Kapitalbeteiligungen besitzt. Sie beutet so direkt aus. Ein weiteres Mittel zur Ausplünderung ist ihr Monopol auf die Lieferung des angereicherten Urans. Am Beispiel der Erdöllieferungen ist offen zutage getreten, wie skrupellos die Sozialimperialisten diese Liefer-Monopole ausnutzen, um höhere Preise herauszuschlagen und die Bevölkerung der anderen RGW-Staaten auszupressen.

Um das Netz der Abhängigkeit jedoch noch enger zu knüpfen, treibt Moskau auch die Vereinigung der nationalen Energiesysteme voran. Durch Hochspannungsleitungen sollen alle Stromnetze miteinander verbunden werden und durch einen „Zentralen Verteilerdienst" kontrolliert werden. Alle Atomkraftwerke werden an dieses übernationale Netz angeschlossen. Wer dann den Hahn auf und zu dreht, ist klar. Eine weitere Möglichkeit für Moskau, die anderen Länder zu erpressen.

Der Gipfel der kolonialen Ausplünderung auf dem Atomenergie-Sektor ist allerdings der Plan, die RGW-Länder den Aufbau der Atomkraftwerke auf dem Territorium der Sowjetunion finanzieren zu lassen. So wie bei der Erdölleitung „Druschba": DDR, Polen und andere Länder müssen Geld und Arbeiter geben, die Sowjetunion zahlt 12 Jahre mit Erdöl zurück. Die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel" ließ im letzten Jahr erkennen, daß eine ähnliche „Zusammenarbeit" auch bei der Atomenergie durchgesetzt werden soll: „Unter anderem ist an Kernkraftwerke gedacht. Von der Größenordnung dieser Vorhaben spricht schon folgende Zahl: Die vorläufigen Kosten allein von zwei Kernkraftwerken belaufen sich auf 3 Milliarden Rubel." Schon jetzt müssen die Vasallenländer 12 Milliarden Rubel für den Bau von Industriewerken in der Sowjetunion investieren. Die Gier der Sozialimperialisten ist unersättlich.

Die Tatsachen zeigen: Die Sowjetunion nutzt die Atomenergie, ebenso wie Erdöl und Erdgas, aus, um ihre Satelliten-Staaten wirtschaftlich unlösbar von sich abhängig zu machen. Darum zwingt sie diese Länder, die einheimische Energieförderung Schritt für Schritt abzubauen. Damit sie auf die Gnade der sowjetischen Energielieferungen angewiesen sind, wie jetzt schon die Tschechoslowakei. Sie muß 100 Prozent des Erdgases, 96 Prozent des Erdöls, jährlich drei Millionen Tonnen Kohle und eine Milliarde Kilowattstunden Strom aus der Sowjetunion einführen.

Außerdem exportiert die Sowjetunion die Kraftwerke, um Profit herauszuschlagen: Profit aus dem Verkauf des Urans, dann aus dem Verkauf der Kraftwerke und schließlich über ihre Kapitalbeteiligungen aus der Stromproduktion. Dieses Geschäft mit der mörderischen Atom-Technologie wird nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise in den abhängigen Ländern verschärfen. Es wird gleichzeitig den wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Sozialimperialisten und ihre Handlanger schüren. Denn das skrupellose Geschäft mit Gesundheit und Leben wird ihnen die „sozialistische" Maske vom Gesicht reißen. Dahinter: nackter, offener Imperialismus.



Dieses Atomkraftwerk in Nowoworonesch/UdSSR liefert im Jahr 1,5 Millionen Kilowatt Strom. Die Reaktorblöcke stehen in der Nähe einer Großstadt. Die Schutzzone ist nicht größer als drei Kilometer im Umkreis. Der radioaktive Abfall wird, wie es auch in der Bundesrepublik geplant ist, in ehemaligen Salzbergwerken gelagert. Zur Zeit wird dort ein weiterer Reaktor gebaut, der eine Leistung von 1 Million Kilowatt haben soll. Eine gefährliche Bedrohung für Leben und Gesundheit der Bevölkerung.

Atomkraftwerke in der DDR

Gefahr für Millionen

Drei Reaktoren arbeiten in der DDR. Einer steht in Rheinsberg (Mark). Die beiden anderen gehören zum Atomkraftwerk „Bruno Leuschner" in Lubmin bei Greifswald. Alle sind aus der Sowjetunion. Schon heute erzeugen sie 10 Prozent der Elektroenergie.

Sind sie sicher? Muß man Strahlungsgefahr befürchten? Die Antwort des Vorsitzenden der sowjetischen Atomenergie-Kommission: „Das ist eine unernste und folglich unwissenschaftliche Fragestellung. Zucker und Salz z. B. sind, wenn in übermäßigen Mengen genossen, sehr gefährliche Gifte für alles Lebende. Selbst die Luft kann todbringend sein, wenn sie in den Blutkreislauf gerät." Und zur Unfallgefahr? „Das Risiko, bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk den Tod zu finden, ist geringer, als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Blitz getroffen zu werden." Wir kennen diese Töne. Diese demagogische Verharmlosung passiert nicht zufällig. Denn die neue Bourgeoisie im Osten baut ihre Atomkraftwerke nicht weniger lebensgefährlich als die Kapitalisten im Westen.

In der Bundesrepublik reißt die DKP das Maul auf: Atomkraftwerke dürften nicht in dichtbesiedelten Gebieten gebaut werden, diese Standortwahl nütze nur den Energiekonzernen. Und in der DDR? Alle Reaktoren liegen in der Nähe von Städten. Um Magdeburg sind allein acht geplant. Und in der Sowjetunion, so berichtet die Propagandazeitschrift „Sowjetunion heute" voll Stolz, seien alle Atomkraftwerke dort gebaut, wo 75 Prozent der Bevölkerung wohnen. Das sei „wirtschaftlicher", denn Energie müsse dort produziert werden, wo sie benötigt und verbraucht werde. Das gleiche Argument, wie es aus den Etagen der westdeutschen Energie-Konzerne zu hören ist.

Dabei sind die Reaktoren sowjetischer Bauart noch lebensgefährlicher konstruiert als die westlichen. Eine gasdichte Umhüllung gibt es nicht! „Wegen der hohen Kosten (!), die unter anderem darauf zurückzuführen sind, daß neue Bautechnologien erforderlich sind", so bekennt offen das „Lehrbuch für Kernenergie" aus der DDR. Also nichts als Lüge die DDR-Parole „Sicherheit hat Vorrang". Die Wirklichkeit ist: „Profit hat Vorrang!" So ist es auch beim Schutz vor Radioaktivität. In der Bundesrepublik ist als zulässige Dauerstrahlungsbelastung für die Anwohner eines AKWs 50 „Millirem" festgelegt. Und das ist schon eine spekulative Gefährdung unserer Gesundheit. In der DDR sind die Behörden jedoch noch rücksichtsloser: Sie erklären 500 Millirem für zulässig (im Vergleich: USA = 8 Einheiten). Die DDR-Fachzeitschrift „Kernenergie" bringt dazu die skrupellos kapitalistische Kalkulation: „Die Herabsetzung der Strahlenbelastung zur Verringerung des Risikos ist u. a. mit einem ökonomischen Aufwand verbunden, der in Relation mit dem zu verringernden Risiko zu betrachten ist". In normalem Deutsch: Je niedriger der festgelegte Belastungswert ist, um so teurer wird der Bau der Kraftwerke. Darum setzt die Honecker-Clique die Bevölkerung kaltblütig einer hohen Radioaktivität aus.

Daß diese Verbrecher aus Profitgier bedenkenlos Millionen an Leichen einkalkulieren, zeigt sich auch an den Vorkehrungen für Reaktor-Unfälle. In der Bundesrepublik wird als „größter anzunehmender Unfall" (GAU) ein Bruch der Hauptkühlleitung hingestellt. Dieser Unfall sei durch Schutzvorrichtungen beherrschbar, sagt die Kraftwerksindustrie, um die Bevölkerung zu beruhigen. Das ist Betrug. Aber dieser Honecker-Clique ist sogar diese Sicherheitsvorkehrung zu teuer. „Die Dimensionierung des Umschließungsbauwerks aufgrund des GAU bedeutet hohe wirtschaftliche Belastung... Das Postulat des GAU ermöglicht keine im ökonomischen Sinn (!) optimale Behandlung sicherheitstechnischer Probleme", erklärt das oben erwähnte Lehrbuch. Und so wird in der Bauplanung der Bruch einer Hauptkühlleitung oder das Bersten des Druckgefäßes erst gar nicht berücksichtigt. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit, daß der Reaktor auseinanderfliegt. Das ist bewußt einkalkulierter Massenmord!

Die DDR-Bourgeoisie und ihre Hintermänner in der Sowjetunion versuchen systematisch, diese Gefährdung zu verheimlichen und zu vertuschen. Denn sie haben Angst, daß der Funke von Whyl und Brokdorf auch in die DDR überspringt. Darum liest man kaum ein Wort in der DDR-Presse über die Protestbewegung in der Bundesrepublik. Sogar im Statistischen Jahrbuch der DDR taucht das Wort „Atomenergie" nicht auf. Neben Kohle, Wasser, Öl gibt es für die Erzeugung von Elektroenergie nur noch „sonstige Brennstoffe". Dabei soll die Kapazität bis 1980 um 27 Prozent wachsen.

Ja, die Atomplaner in der DDR demonstrieren sogar unverfroren ihre Kumpanei mit den westdeutschen Energiemonopolen und ihrem Staat. Die bereits erwähnte DDR-Fachzeitschrift klagt: „Besonders in der BRD und der Schweiz ist es durch sogenannte Bürgerinitiativen zu erheblichen Verzögerungen gekommen, indem die Erörterungen durch immer neue, meistens unbegründete Einwände verlängert, Anfechtungsklagen bei den Gerichten eingereicht oder sogar Bauplätze besetzt wurden." Sie hofft, daß die „Bevölkerungsaufklärung" der Bundesregierung dazu beitragen wird, „daß die kleinen, aber bisher sehr erfolgreich wirkenden Gruppen von Kernenergiegegnern durch die Rückführung auf die wirklich anstehenden Probleme ihren Einfluß verlieren werden." Deutlicher kann man nicht sagen, auf welcher Seite man steht.

Die DDR-Bourgeoisie, das zeigt ihre Stellung zum Bau von Atomkraftwerken, ist nicht weniger skrupellos, nicht weniger mörderisch als die Kapitalisten in der Bundesrepublik. Darum ist es eine vergebliche Hoffnung dieser Herren, zu glauben, die Werktätigen der DDR würden nicht den Kampf gegen ihre Energieplanung aufnehmen. Whyl und Brokdorf lassen sich auch in der DDR nicht totschweigen!

Überstundenverweigerung in der DDR

Von Geldstrafen bis zur Entlassung

Arbeiter in der DDR dürfen Sonderschichten und Überstunden nicht verweigern, wenn sie vom Betriebsleiter angeordnet werden. Das ist jetzt erneut gerichtlich bekräftigt worden, wie die Ost-Berliner Eisenbahner-Zeitschrift „Fahrt frei" berichtet. Wer es doch tut, verstößt gegen die Arbeitsdisziplin und wird bestraft.

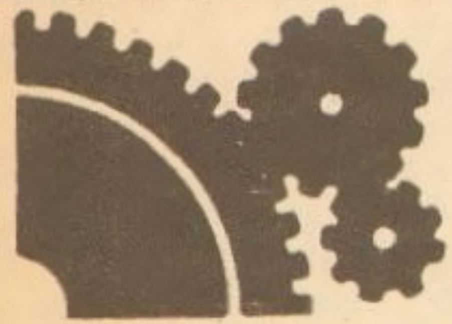
Denn § 3 des Arbeitsgesetzbuches der DDR verlangt von den Werktätigen, sie sollen „das sozialistische Eigentum schützen und mehren". Und dazu gehört eben auch, daß sie Sonderschichten und Überstunden zu schieben haben, wenn das Interesse des „Sozialistischen Eigentums", sprich, das Interesse der russischen und deutschen Ausbeuter, es verlangt. Verstöße werden durch ein sogenanntes Disziplinarverfahren geahndet, das nach den Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches vom „Disziplinarbefugten" (das ist der Betriebsleiter oder ein anderer leitender Betriebsangehöriger) unter Mitwirkung eines Vertreters des reaktionären FDGB-Apparates durchgeführt wird.

Bei diesen Disziplinarverfahren werden Strafen ausgesprochen, die von Verwarnungen über Geldstrafen (Prämienkürzungen und Streichungen) bis zu Entlassungen reichen. Bei diesen Disziplinarverfahren handelt es sich also um nichts anderes als Betriebsjustiz.

Die Strafen, die diese Betriebsjustiz in der DDR verhängen kann, sind härter, als sie vielleicht manchem westdeutschen Werktätigen erscheinen mögen. Denn Prämienkürzungen und -streichungen etwa sind keine „zusätzlichen" Einnahmen für eine Arbeiterfamilie in der DDR. Sie sind vielmehr fester Bestandteil des Lohns. Als solche werden sie sogar in den Statistischen Jahrbüchern der neuen Bourgeoisie geführt. Und der Anteil der Prämien am Lohn ist erheblich und nimmt ständig zu. Sogar nach den offiziellen frisierten Zahlen stieg der Anteil der Prämie am Lohn von 2,8% (1960) auf 6,5% (1974) an.

Und was die Entlassungen angeht, so bedeutet sie für die Arbeiter in der DDR, daß sie ohne einen Pfennig Geld dastehen. Denn Arbeitslosengeld gibt es in der DDR nicht, weil es ja laut Honecker-Regime auch keine Arbeitslosen gibt. Und wer aufgrund eines Disziplinarverfahrens entlassen wird, weil er Überstunden oder Sonderschichten verweigert hat, der wird natürlich in anderen Betrieben dieses „Arbeiter- und Bauernparadieses" à la Honecker nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen werden. Denn für das Honecker-Regime und seine „Genossen Betriebsleiter" ist, wie wir bereits sahen, „das sozialistische Eigentum schützen und mehren" erste Bürgerpflicht.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Nach sechsjähriger Mitgliedschaft in der IGM — Ausschlußdrohung

Nach sechsjähriger Mitgliedschaft in der IGM soll der Kollege P. ausgeschlossen werden, weil er nach Ansicht der Ortsverwaltung für eine „gegnerische Organisation oder Gruppierung tätig wurde bzw. diese unterstütze". Der Kollege antwortete auf diese Ausschlußdrohung mit einem Offenen Brief an alle Kollegen der IGM und des DGB, den wir im folgenden gekürzt abdrucken.

Im November 1971 wurde ich als Lehrling Mitglied der IG Metall bei den Kammerich-Werken in Bielefeld-Brackwede. Als Kind einer Arbeiterfamilie war es für mich schon vor der Lehre klar, daß die Arbeiter eine starke Gewerkschaft brauchten und daß man selbst Mitglied werden mußte.

Meine Kollegen wählten mich kurz darauf in die betriebliche Jugendvertretung.

Als Jugendvertreter nahm ich u. a. an mehreren Lehrgängen der IG Metall für junge Funktionäre teil. So z. B. ein zweiwöchiges Seminar im IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel. Jeder Teilnehmer wohnte in Appartments mit Radio, Dusche etc. Vom Schwimmbad über die Sauna bis zu Kegelbahnen und einer Diskothek war alles vorhanden. Reichliche Spesen waren selbstverständlich. Mein erster Eindruck: Hier sollst du gekauft werden; das ist Bestechung! Kein Wunder, daß bei Streiks das Bargeld fehlt. Kurzum, hier werden Eure Beitragsgelder verpraßt. Auch der Inhalt des Seminars enttäuschte mich auf der ganzen Linie. Man paukte mit uns die Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes.

Dieses reaktionäre Gesetz, das jedes kompromißlose Eintreten für unsere Interessen unter Strafe stellt, wurde uns als ein Erfolg gegenüber früheren Gesetzen schmackhaft gemacht.

In der Zwischenzeit versuchte ich so gut es ging, unsere Interessen in der IG Metall durchzusetzen. Eine gewerkschaftliche Jugendversammlung wählte mich in den Ortsjugendausschuß der IG Metall. Dort wurde die Politik der IG Metall oft hart kritisiert und verurteilt. Die Ortsverwaltung hatte das schnell spitzgekriegt und setzte uns einen Aufpasser vor die Nase, den „Ortsjugendsekretär", der uns bespitzelte und unsere politische Gesinnung herausbekommen wollte. Viele unserer Aktivitäten als IGM-Jugend wurden von der Ortsverwaltung verhindert, kritische Flugblätter wurden nicht genehmigt. Als ich einmal im Auftrag des Jugendausschusses ein Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Anker-Werke führte, weil dieser der Entlassung eines kommunistischen Jungarbeiters zugestimmt hatte, schrie die Ortsverwaltung Zeter und Mordio. Der Betriebsratsvorsitzende sei schließlich Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall, und ich könne schließlich nicht ohne ihre Genehmigung ein Gespräch mit ihm führen. Wir einfachen Mitglieder sollten also nur die Befehlsempfänger dieser rund 30 Funktionäre in der Ortsverwaltung sein. Demokratie in den Gewerkschaften? Angesichts dieser Erlebnisse war das für mich nur noch ein schlechter Witz.

Dazu kamen bei mir die Erlebnisse mit dem Betriebsrat bei Kammerich, praktisch der harte Kern der IG Metall im Betrieb. Als „Freigestellte" brauchen die Vorsitzenden seit Jahren nicht mehr arbeiten, zieren sich aber trotzdem noch mit blauen Arbeitsjacken. Der eine ist sogar Mitglied im Aufsichtsrat und bekommt dafür pro Jahr Tausende von Mark. Für die Sorgen der Kollegen haben diese Betriebsräte selten ein Ohr, schließlich müssen sie jeden Morgen die Kaffeeautomaten füllen und verschwinden dann schnell wieder aus den Hallen. Ihre größte Sorge ist ihre Wiederwahl alle drei Jahre. Bei einem Streik der Reparaturwerkstätten verkroch sich der Betriebsrat feige hinter seinen Gesetzbüchern und rief die Kollegen sogar wieder zur Arbeit auf. Den wichtigsten Tagesordnungspunkt bei der wöchentlichen Betriebsratssitzung bildete meistens eine Kiste Pils und eine Flasche Schluck. Für diese Tätigkeit erhielt jeder Betriebsrat pro Monat von der Firma eine „Aufwandsentschädigung" von 150,00 DM bar auf die Hand. Solch ein Betriebsrat ist den Unternehmern schließlich auch sein Geld wert. So sagte mir ein Kollege treffend: „Wenn Schweinemarkt ist in Brackwede, haben die ihre Bude dicht, aber wenn es im Betrieb rund geht, sieht man sie nur von hinten!"

Bei Kammerich erschienen damals die ersten Ausgaben der kommunistischen Betriebszeitung „Die rote Ziehbank". Diese Zeitung griff die Machenschaften des Betriebsrates an und bezeichnete den DGB als reaktionär und arbeiterfeindlich, eine Ansicht, die ich inzwischen teilte.

Seit dieser Zeit beschäftigte ich mich näher mit dem Kommunismus und der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, denn hier zählte die Wahrheit über den DGB-Apparat, so wie ich es selbst vor und hinter den Kulissen kennengelernt hatte.

Ich wechselte später die Arbeitsstelle und arbeitete in einem kleinen Metallbetrieb als Elektriker. Es vergingen keine zwei Wochen, als der dortige Betriebsrat von der Ortsverwaltung der IG Metall vor mir gewarnt wurde. Ich wäre Kommunist, und man solle auf mich aufpassen. Trotz ihrer Hetze gegen mich wählten mich die Kollegen zu ihrem Vertrauensmann. Als die Vertrauensleute bei den Beitragserhöhungen Anfang dieses Jahres die Geldeintreiber für die IG Metall spielen sollten, machte ich nicht mit. Der Betriebsrat kochte vor Wut. Ein Jahr später konnte er sich endlich revanchieren. Er stimmte meiner Entlassung zu.

Demokratie und Meinungsfreiheit in den DGB-Gewerkschaften? Jawohl, für die großen und kleinen Bonzen, aber für uns, die einfachen Mitglieder? Nein, da zählt nur der richtige Beitrag, einen Pfennig von jeder Mark, damit einer der größten Konzerne in der Bundesrepublik noch größer wird, damit die DGB-eigene Bank für Gemeinwirtschaft noch besser im faschistischen Brasilien investieren kann, dafür sind wir gut genug.

Die meisten von Euch haben ähnliche Erfahrungen mit den DGB-Gewerkschaften gemacht. Viele Kollegen sind unzufrieden und rebellieren gegen den DGB-Apparat. Und das zu Recht, denn der DGB ist seit seiner Gründung durch die Westalliierten alles andere als eine kampfstarke Gewerkschaft der Arbeiter gegen das Kapital. Im Gegenteil, seit seiner Gründung bemühte er sich, die Kämpfe der Arbeiter im Zaum zu halten und sie an den kapitalistischen Staat zu binden.

Nein, Kollegen, dieser Apparat steht nicht auf unserer Seite, er ist ein Bremsklotz für konsequente, kompromißlose Gewerkschaftsarbeit. Wir können ihn auch durch den Druck der Basis nicht dazu zwingen, seine undemokratischen Satzungen und Beschlüsse verhindern dies.

Sollen die Herren in der Marktstraße meinen geplanten Gewerkschaftsausschluß ruhig feiern, sollen ihre Achtgroschenjungs bei Kammerich ruhig ihren Judaslohn kassieren. Die Unruhe, die Unzufriedenheit der einfachen Mitglieder, die wachsende Opposition in den Gewerkschaften können sie niemals „ausschließen". Ich bin sicher, daß die ehrlichen Gewerkschaftsmitglieder dieses Pack eines Tages davonjagen werden.

Jawohl, ich bin ein Gegner dieses arbeiterfeindlichen DGB-Apparates, sie haben mich selbst dazu gemacht! Auch ihr Erpresserbrief kann mich nicht davon abbringen, das weiterhin laut zu sagen. Jawohl, ich unterstütze eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, denn das ist die einzige Antwort auf den Verrat, den die DGB-Führer an uns begangen haben.

Euer Kollege P.

Kampf der Druckereiarbeiter gegen Rationalisierung

IG-Druck-Apparat verrät die Forderungen der Kollegen

Fortsetzung von Seite 1

In mehr als 50 Zeitungsdruckereien war es nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen zu Warnstreiks gekommen. Inzwischen hat die Gewerkschaftsführung jedoch zur Einstellung der Aktionen aufgerufen und mit den Kapitalisten die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen zum 13. Dezember vereinbart. Ihr geht es offenkundig nur darum, die wachsende Unruhe und Kampfbereitschaft der Arbeiter und kleinen Angestellten unter Kontrolle zu halten und abzuwiegeln.

Die technische Umwälzung in der Druck- und Verlagsindustrie stellt eine schwere Bedrohung für die Belegschaften dar. Allein durch die Einführung der Elektronik in die Satztechnik (vor allem durch die berüchtigten Bildschirmterminals) sollen in den kommenden Jahren 60.000 weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Mit der angestrebten Entqualifizierung der Arbeit wollen die Kapitalisten zudem einen brutalen Lohnabbau durchpeitschen. Diese schweren Angriffe wollen die Arbeiter jedoch nicht hinnehmen. Sie erkennen die Notwendigkeit eines kompromißlosen Kampfes zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und gegen den Lohnabbau.

Als die Verhandlungen jetzt für gescheitert erklärt wurden, waren viele Kollegen der Meinung, daß mit einem bundesweiten Streik geantwortet werden müsse. Der IG-Druck-Apparat jedoch hütete sich, eine Urabstimmung zu organisieren. Trotz ihrer besonders radikalen Töne handeln die Mahlein, Hensche und Konsorten genau nach dem Motto des IGM-Chefs Loderer, der kürzlich zur anstehenden Lohnrunde in der Metallindustrie erklärte: „Wir wollen keinen Kampfabschluß, sondern einen Verhandlungsabschluß". Was bei einem solchen „Verhandlungsabschluß" herauskommen soll, wird deutlich, wenn man einmal den Entwurf des Raster-Tarifvertrags unter die Lupe nimmt, den der Gewerkschaftsapparat in der Druck- und Verlagsindustrie zu seiner Verhandlungsgrundlage gemacht hat.

Wie steht es in diesem Tarifvertrag um die grundlegende Forderung der Arbeiter, daß es durch die Einführung der neuen Technik keine Entlassungen geben darf? Wenn die IG-Druck-Bonzen sich in Lippenbekenntnissen noch zu dieser Forderung bekennen, so belügen sie bewußt die Kollegen! Heißt es doch in §6 des „Rasters": *„Wer erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden kann* (Hervorhebung durch uns — RM) oder nach der Umschulung nicht fortgeschäftigt wird, erhält vorbehaltlich einer weitergehenden Regelung eines vereinbarten Sozialplanes zum Zeitpunkt des Ausscheidens eine Abfindung..." Also doch Entlassungen! Lediglich für Kollegen, „die 45 Jahre alt, aber noch nicht älter als 59 Jahre sind", fordert der „Raster", daß sie „unabhängig von der Einführung elektronischer Systeme" weiterbeschäftigt werden müssen.

Was soll denn das heißen: „... wer erkennbar nicht weiter beschäftigt werden kann..."? Das bedeutet doch im Klartext, soweit es die Profitgier der Kapitalisten verlangt, werden Massenentlassungen durchgeführt!

Eine weitere wichtige Forderung der Kollegen, mit der den Rationalisierungsangriffen entgegengetreten werden soll, lautet: „35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich für alle". Im Gegensatz dazu wird jedoch in §7 des „Rasters", der sich mit der Arbeitszeit befaßt, die 35-Stundenwoche ausschließlich für „an Bildschirmgeräten Beschäftigte" gefordert. Und dabei ist noch nicht einmal ein voller Lohnausgleich fest abgesichert. Abgesehen davon, daß es spalterisch ist, die 35-Stundenwoche nur für eine bestimmte Gruppe von Arbeitern zu fordern, fällt der Gewerkschaftsapparat dem Kampf gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten direkt in den Rükken, wenn er die Forderung „35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich für alle" gar nicht erst aufstellt. Die Durchsetzung dieser Forderung ist eine dringende Notwendigkeit, wenn die Angriffe auf die Arbeitsplätze erfolgreich zurückgeschlagen werden sollen.

Auch die wichtige Forderung nach regelmäßigen längeren Erholzeiten für die am Bildschirm Beschäftigten wird in dem Tarifvertragsentwurf verraten (Bildschirmarbeit ist sehr schädlich für die Augen). Zwar heißt es da zunächst: „Bei überwiegender Tätigkeit an Bildschirmgeräten ist den Beschäftigten innerhalb jeder Stunde eine bezahlte Lohnpause von 20 Minuten zu gewähren". Im nächsten Satz jedoch wird diese Forderung praktisch wieder zurückgenommen: „Sofern dies aus zwingenden Gründen des Arbeitsablaufs nicht möglich ist, darf die Arbeit an Bildschirmgeräten vier Stunden täglich nicht überschreiten." Täglich vier Stunden ununterbrochener Bildschirmarbeit heißt aber nichts anderes, als die Ruinierung der Augen auf längere Sicht. Und wer bestimmt denn, was „zwingende Gründe des Arbeitsablaufes" sind? Das bestimmen die Kapitalisten! Und für sie ist es natürlich viel profitabler, einen Setzer vier Stunden ununterbrochene Arbeit am Bildschirmgerät machen zu lassen und ihn seine restliche Arbeitszeit noch anderweitig einzusetzen, als ihm siebenmal am Tag 20 Minuten bezahlter Pause zu gewähren.

Ein wichtiger Punkt an dem „Raster"-Entwurf ist auch, daß er den Plänen keineswegs einen festen Riegel vorschiebt, mittels der Bildschirmterminals die technische Texterfassung und -bearbeitung (Satz, Korrektur, Umbruch...) von den Redakteuren leisten zu lassen und damit die Arbeitsplätze in diesem Bereich völlig zu vernichten. Für die Kapitalisten ist das natürlich die profitabelste „Lösung". Die Folge wäre unter anderem auch, daß die Journalisten zunehmend nur noch vorgegebene Texte (von Nachrichtenagenturen bzw. bestimmten zentralen Abteilungen der Zeitungs- und Verlagskonzerne) „weiterleiten" dürfen, d. h. sie müssen sich darauf beschränken, am Bildschirm die Zeitung aus vorgegebenem Textmaterial zusammenzustellen. Im Zuge der durch die Einführung der neuen Techniken beschleunigt voranschreitenden Pressekonzentration läuft dies auf die totale Gleichschaltung und Normierung der Massenpresse hinaus.

Der „Raster"-Entwurf enthält noch eine Menge anderer Punkte, in denen die Forderungen und Interessen der Arbeiter verraten werden. Wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaftsbonzen ihn ja nur als „Verhandlungsgrundlage" betrachten und daß ihr „Verhandlungsergebnis" noch viel schlimmer aussehen soll, so zeigt sich, wie sehr man verraten und verkauft ist, wenn man sich von diesen Verhandlungen etwas erhofft. Die Kollegen in den Druckereien und Verlagen müssen deshalb auf eigene Faust den Kampf aufnehmen — ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat. Es wird ein harter und schwerer Kampf sein. Aber eine andere Alternative gibt es nicht.

Stahl- und Metalltarifrunde

Offene Drohungen der Kapitalisten

Bei den Tarifverhandlungen in der Stahl- und Metallindustrie zeichnet sich immer klarer ab, daß Kapitalisten und Gewerkschaftsapparat dabei sind, den Kollegen einen Strick um den Hals zu legen. Alle ihre Anstrengungen richten sich darauf, den Arbeitern und kleinen Angestellten einen Tarifabschluß aufzuzwingen, der nicht Lohnerhöhung, sondern Lohnraub bedeutet.

Eine Forderung von 8% hat jetzt der IG-Metall-Apparat für die metallverarbeitende Industrie in Baden-Württemberg aufgestellt. Diese Forderung entspricht in keinster Weise den dringenden Bedürfnissen der Arbeiter und kleinen Angestellten und auch nicht ihren Forderungen. Ganz abgesehen davon, daß der IG-Metall-Apparat überhaupt nicht daran denkt, die 8% überhaupt durchzusetzen. IG-Metall-Chef Loderer hat in bezug auf die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie laut „Handelsblatt" bereits offen und zynisch erklärt: „Die von der IG Metall geforderten 7% seien natürlich nur ein Einstieg in die Tarifrunde. Selbstverständlich werde zu diesem Satz nicht abgeschlossen."

Gleichzeitig heißt es, man wolle keinen Kampfabschluß und „natürlich" berücksichtige man die wirtschaftliche Lage der Kapitalisten. Mit solchen Predigten ruft der IG-Metall-Apparat zur Kapitulation vor den Kapitalisten auf und versucht den Arbeitern und kleinen Angestellten das von ihnen verlangte Opfer als notwendig und unumgänglich schmackhaft zu machen.

Kein Wunder, daß die Kapitalisten da ohne jede Hemmung offen zum Angriff auf die Lebenslage der Arbeiter und kleinen Angestellten blasen. Bei den ersten Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie hielten es die Vertreter der Stahlmonopole nicht einmal für nötig, auch nur ein Angebot zu machen. Und in Bayern verkündete der Vorsitzende des Verbandes der Metall-Kapitalisten frech, mehr als 3,5% seien in diesem Jahr „nicht drin". Und er fügt hinzu, daß die Kapitalisten mit dem Abschluß in dieser Tarifrunde für „Jahre die Weichen stellen wollen".

Das sind klare Worte der Kapitalisten, denen es darum geht, die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und kleinen Angestellten noch mehr zu verschärfen. Ihre Absichten können nur durch Kampf durchkreuzt werden, nur wenn zugleich auch dem IG-Metall-Apparat eine klare Absage erteilt wird.

Auf der anderen Seite der Barrikade

Fortsetzung von Seite 1

richtige Forderungen vertreten wurden: so etwa die Forderung, daß alle Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten müssen. Nur — die entscheidende Frage ist: Wie muß der Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen geführt werden? Auch die Parole „Für das Recht auf Arbeit" hört sich gut an. Aber wie kann denn das Recht auf Arbeit verwirklicht, wie kann die Arbeitslosigkeit beseitigt werden? Wer ist Freund und wer Feind im Kampf für die Interessen der Arbeiterjugend? An solchen Fragen, nicht an schönen Worten, entscheidet sich, ob eine Organisation bzw. Gewerkschaft tatsächlich die Interessen der Arbeiterjugend und der Arbeiterklasse insgesamt vertritt, oder ob sie möglicherweise auf der anderen Seite der Barrikade steht.

Nehmen wir die Kampagne „STOP Jugendarbeitslosigkeit". Wie soll die Jugendarbeitslosigkeit denn gestoppt werden? Durch Demonstrationen, auf denen man an die Regierung und die Kapitalisten Appelle richtet, sie sollen mal schön lieb sein und endlich für genügend Lehrstellen und für das Recht auf Arbeit sorgen? Oder gar durch Hungerstreiks vor den Gebäuden der Kapitalistenverbände? Dadurch, daß man „besonders bösen Unternehmern" einen „Roten Kuckuck" verleiht? Wer glaubt denn im Ernst, daß sich die Kapitalisten und ihre Politiker in Bonn von solchen Happenings und Appellen beeindrucken lassen?

Sicher, wenn Zehntausende sich an Demonstrationen beteiligen, das gibt den Kapitalisten schon zu denken. Aber solange dabei Appelle und lahme Protestparolen den Ton angeben, können sie noch ruhig schlafen. Was sie fürchten, das sind militante Kämpfe, sind „wilde" Streiks, sind natürlich auch Demonstrationen, aber solche mit revolutionären Parolen, Demonstrationen auf denen ihnen der unversöhnliche Kampf erklärt wird. Was sie fürchten, das ist, daß die Jugend sich gegen ihr ganzes verrottetes Ausbeutersystem einschließlich des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats erhebt, daß auf die Mißstände und das Elend, auf die Ausbeuterangriffe mit Gegenangriffen geantwortet wird: mit Aktionen und Kampfmaßnahmen, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität, ihrer Unterdrückergesetze durchbrechen, die sich gegen ihre Ausbeuterordnung richten. Was sie fürchten, ist der selbständige, revolutionäre Kampf der Jugend, ist der Zusammenschluß der Jugend, gemeinsam mit den Älteren im revolutionären Klassenkampf.

Dafür setzt sich konsequent die Rote Garde (Jugendorganisation der KPD/ML) ein. Und das ist auch die Linie der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse schmieden will. Die führenden Jugendfunktionäre des DGB dagegen hetzen wie wild gegen den revolutionären Klassenkampf, beschimpfen unsere Genossen als „Chaoten" und scheuen sich nicht einmal, die Polizei auf revolutionäre Jugendliche zu hetzen. Warum tun sie das?

Ihr Haß kommt daher, daß die Rote Garde und die RGO bedingungslos den Kampf der Arbeiterjugend für ihre Interessen unterstützen, weil sie auch vorbehaltlos für alle echten Forderungen der Arbeiterjugend eintreten, die wirklich unsere Lage verbessern können. So wurde auf dem DGB-Jugendkongreß z. B. die Forderung, daß die Kapitalisten verpflichtet werden müssen, alle Lehrlinge nach dem Ende der Lehrzeit in ihrem erlernten Beruf zu beschäftigen, abgeschmettert und zwar mit fadenscheinigen Argumenten. Dagegen tritt die Rote Garde konsequent für diese Forderung ein. Die Rote Garde und die RGO fordern natürlich auch, daß alle Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten müssen. Aber sie sind nicht nur in Worten für diese Forderung. Sie setzen sich auch mit aller Kraft dafür ein, daß solche Forderungen nach Möglichkeit durchgesetzt werden. Und zwar, indem man die Kapitalisten durch richtige Kämpfe, durch revolutionäre Aktionen breiter Teile der Jugend und mit Unterstützung der älteren Kollegen dazu zwingt. Denn freiwillig oder nur auf Appelle und lahme Proteste hin machen die Kapitalisten nie ein Zugeständnis. Die Jugendfunktionäre in der DGB-Führung jedoch wollen jeden wirklich konsequenten Kampf abwürgen oder verhindern, da können auch ihre scheinradikalen Sprüche nicht darüber hinwegtäuschen.

Natürlich war auf dem Kongreß keine Rede von revolutionärem Klassenkampf. Schließlich werden ja auf Betreiben der Jungbonzen gerade diejenigen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen (und oft genug auch noch aus dem Betrieb geworfen), die sich für den revolutionären Klassenkampf einsetzen. Zuvorderst schmeißen sie die Kommunisten, die Genossen der Roten Garde, raus und diejenigen, die für die RGO eintreten. Dazu haben sie ja ihre berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Und die gleichen Typen geben sich dann als Kämpfer gegen Berufsverbote aus!

Sicher — auf dem Kongreß wurde auch gegen den Kapitalismus geredet, wurde sogar zugegeben, daß die Arbeitslosigkeit und die miserable Lage der Arbeiterjugend durch das kapitalistische System bedingt ist. Aber wie kann man denn den Kapitalismus abschaffen? Etwa durch Mitbestimmung und Verstaatlichung wichtiger Industrien? Durch Reformen und über das Parlament — ohne Revolution, auf friedliche Weise? Das versuchen die Jungbonzen der Jugend einzureden, obwohl alle bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung das Gegenteil beweisen! Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, in der die Reichen, die Fabrik- und Bankbesitzer eine brutale Ausbeuterherrschaft über die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk ausüben. Ihr wichtigstes Werkzeug ist dabei der bürgerliche Staat, sind sie bis an die Zähne bewaffnet und aufgerüstet haben.

Glauben die Jungbonzen des DGB und der SDAJ denn im Ernst, diese Schmarotzer würden jemals freiwillig auf ihre Profite verzichten, auf den sagenhaften Reichtum, den sie aus unserem Schweiß und aus unseren Knochen herauspressen? Diese „Gewerkschafter" wollen doch die Jugend für dumm verkaufen. Es sind Rattenfänger, die verhindern wollen, daß sich die Jugend keine Illusionen mehr macht, daß sie sich im revolutionären Kampf erhebt. Sie wollen uns den Kapitalisten ans Messer liefern. Wir sollen das Märchen vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" glauben, anstatt uns vorzubereiten und zu rüsten auf die gewaltsame Revolution, auf den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus, den einzigen Weg, um das Recht auf Arbeit zur Realität zu machen, den einzigen Weg, um uns von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Wenn diese Typen gleich Zeter und Mordio schreien, sobald jemand das Geschwätz vom friedlichen Kapitalismus zurückweist und von Revolution spricht, dann zeigt das, wie es mit ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Kapitalismus wirklich aussieht. Sie sind genau solche „Feinde" der Kapitalisten, wie Strauß ein „Feind" der Faschisten ist.

In letzter Zeit haben die DGB-Führer bzw. die Jungbonzen immer öfter zu Demonstrationen gegen Jugendarbeitslosigkeit aufgerufen. Warum tun sie das, obwohl sie doch Handlanger der Kapitalisten sind? Nun — sie sind praktisch dazu gezwungen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß die Jugend ohne sie, auf eigene Faust kämpft. Die Empörung, die Kampfbereitschaft und der Haß auf die Kapitalisten werden immer größer in der Arbeiterjugend. Und die Aufgabe der Jungbonzen ist es gerade, diese Empörung verpuffen zu lassen, ohne daß es für die Kapitalisten echt gefährlich wird. Das ist auch der Grund dafür, daß die Bonzen und Revisionisten bei diesen Demonstrationen Schlägertrupps aufstellen, die mit brutalen Methoden gegen die Genossen der Roten Garde und andere revolutionäre Jugendliche vorgehen sollen, um sie einzuschüchtern und von der Demonstration fernzuhalten. Ihre Angst ist groß, daß immer mehr Jugendliche sich mit der Roten Garde zusammenschließen, daß sie sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen, gemeinsam mit uns kämpfen und sich den Verrat des DGB-Apparats nicht mehr gefallen lassen.

Entlassungen bei Steiff in Giengen

Vor wenigen Wochen kündigte die Spielwarenfabrik Steiff GmbH in Giengen (bei Heidenheim) 50 Arbeitern und Angestellten. Unter den Betroffenen sind Frauen und Männer, die schon seit über 20 und 40 Jahren im Betrieb tätig waren.

Diese Entlassungen sind ein weiterer Schritt im Personalabbau, durch den Steiff die Belegschaft von rund 1.100 auf 680 Beschäftigte bis jetzt dezimiert hat. So wurden z. B. die Außenbetriebe Burgberg und Aislingen stillgelegt und unter anderem vor kurzem eine ganze Abteilung geschlossen. Diese Entlassungen treffen die Arbeiter und Angestellten besonders hart, da sie so kurz vor Weihnachten kaum eine Möglichkeit haben, einen anderen Arbeitsplatz zu finden. Außerdem hat der Bezirk Heidenheim eine Arbeitslosenquote von offiziell 3,5%. Der Hauptgeschäftsführer von Steiff, Hans-Otto Steiff, hat dazu nur das heuchlerische Geschwätz von „harten Entscheidungen auf dem Personalsektor" zu bieten.

Und die Gewerkschaft? Sie jammert nur, so IG-Metall-Funktionär Karl Meier, daß die Firma „wie mit der Axt im Walde vorgegangen" sei.

Es gibt Gerüchte, daß die Entlassungen bei Steiff noch fortgesetzt werden sollen. Die Angst um den Arbeitsplatz wird von Steiff dazu ausgenutzt, die Arbeitshetze zu verschärfen, um den Profit zu erhöhen. **Zurücknahme der Kündigungen! Keine weiteren Entlassungen, keine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen!**



Spielwarenfabrik Steiff in Giengen

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Warum ist unser Kampf um's Weihnachtsgeld gescheitert? - oder: Die schäbige Rolle des Betriebsrats Klein

Betriebsrat Klein bei Berthold in Westberlin nennt sich Kommunist. Aber ist er auch einer? Ist seine Partei, die SEW, tatsächlich eine kommunistische Partei? Wer verfolgt, wie dieser Betriebsrat Klein in den Kampf der Kollegen von Berthold um das Weihnachtsgeld eingegriffen hat, der kann nur sagen: Das Gegenteil ist der Fall.

Angefangen hatte ja alles vor ein paar Wochen mit der Unterschriftensammlung für ein 13. Monatsgehalt. Etwa 430 Kollegen, vorwiegend aus der Produktion, hatten unterschrieben. Es kam allerdings auch schon berechtigte Kritik aus den Abteilungen, weil diese Forderung darauf hinausläuft, daß einige Kollegen vielleicht einen Tausender kriegen, andere aber mehrere...

Trotzdem: Was ist daraus geworden?

Metz hat natürlich abgelehnt — die Kapitalisten haben ja noch nie freiwillig und auf gutes Zureden hin etwas rausgerückt —, der Betriebsrat (BR) zuckt bedauernd die Schultern und legt die Unterschriften erstmal in die Schublade. (Sie sind ihm dort in der Schublade natürlich ständig „Aufforderung und Ansporn")

Das war der „Kampf" um's 13.

Die Kollegen fühlten sich mit Recht ganz schön verschaukelt!

Als nächstes ging's dann um's Weihnachtsgeld, das als Trostpflaster dafür „anständig" sein sollte. Nach langem Hin und Her gab die Geschäftsleitung am Donnerstag, den 10. November, ihr unverschämtes Angebot mit der Gesundheitsprämie bekannt.

Was daraufhin im Betrieb los war, wißt ihr ja selbst: Große Empörung in allen Abteilungen, überall bildeten sich Diskussionsgruppen. In einer Abteilung haben die Kollegen überlegt, ob sie nicht mal kurz auf den Hof gehen!

Drei fadenscheinige Argumente!

Abends auf der Vertrauensleutesitzung waren die meisten anwesenden Kollegen und V-Leute für eine sofortige Betriebsversammlung (BV) am nächsten Tag. Der BR versuchte das zu verhindern mit dem Argument: „So schnell kriegen wir das Kino nicht!" (Erkundigt hatten sie sich überhaupt nicht.) So stand er auch ganz schön blaß da, als ein V-Mann, der schon vor der Sitzung pfiffigerweise dort angerufen hatte, sagte: „Das Kino ist morgen frei!"

Nach anfänglicher Verlegenheit fällt dem Klein ein anderes Argument ein, um die BV hinauszuzögern: „So eine BV muß vorbereitet werden. Das braucht Zeit. Morgen geht's auf keinen Fall. Nächste Woche Montag geht auch nicht, weil der Metz nicht da ist. Dienstag ist auch schlecht, weil Mittwoch Bußtag ist. Frühestens Donnerstag oder Freitag. Allerdings kommt dann auch schon wieder das Wochenende..."

Sofort kam Protest von den Kollegen und V-Leuten: „Die Belegschaft ist empört, die BV muß so schnell wie möglich stattfinden. Wenn schon nicht morgen, dann spätestens bis Dienstag nächster Woche!"

Jetzt versuchte der Klein, seine Verzögerungstaktik politisch zu begründen: „Wenn wir jetzt sofort etwas unternehmen, sind die Verhandlungen gefährdet. Außerdem ist die BV das letzte Mittel, das wir haben. Wenn die in die Hose geht, ist alles verloren..."

Aber auch dieses Argument wurde entlarvt: Das *letzte* Mittel, das Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten haben, ist immer noch der *Streik*! Die BV ist dazu da, die Kollegen jetzt noch fester zusammenzuschließen und *weitere* Kampfmaßnahmen zu besprechen, und zwar solche, die dem Metz tatsächlich auch an die Nieren, d. h. an seinen *Profit* gehen.

BR Klein hielt zwar an seiner Meinung fest, tat aber so, als würde er sich die Sache überlegen.

Sicherheitshalber deutete er aber schon an, daß er im Falle, daß zum Streik o. ä. aufgerufen würde, „leider" gezwungen sein würde, demjenigen das Wort zu verbieten, um den „Betriebsfrieden" zu wahren. Schließlich sei er ja an das Betriebsverfassungsgesetz gebunden...

Wie ging's jetzt aber weiter?

Die V-Leute trafen sich Sonntag früh nochmal, um die BV und ein neues Info zu besprechen. BR Klein war auch erschienen, weil er fürchtete, daß ihm die Sache aus der Hand gleitet. Scheinheilig erklärt er, daß er in Gesetzestexten geblättert habe und daß es möglich sei, für Dienstag eine ordentliche BV einzuberufen. Weiterhin sagte er, daß er sich für eine Betriebsratssitzung am Montag einsetzen würde, um mit den übrigen Betriebsräten über die geplante BV zu sprechen.

Eine freche und unverschämte Lüge!

Wie sich nämlich hinterher herausstellte, rief BR Klein *noch am selben Tag* zwei andere Betriebsräte an, mit denen er ausmachte, die Betriebsratssitzung *nicht* durchzuführen! Außerdem rief er noch eine V-Frau an, hetzte gegen das von den V-Leuten erstellte Info (an dem er selbst noch mitgebastelt hatte) und machte ihr den Vorschlag, ein *Gegeninfo zu erstellen!* Das muß man sich mal vorstellen!

Die BV fand dann natürlich am Dienstag auch nicht statt — entgegen dem Willen der Belegschaft! — sondern erst noch eine Woche später am Mittwoch, als im Lohnbüro schon alles vorbereitet war für die Auszahlung des lächerlichen Weihnachtsgeldes von 300,00 / 30,00 DM.

Während dieser Woche wurde in den Abteilungen auch kaum noch darüber gesprochen. Die Kollegen waren größtenteils schon resigniert. „Was soll das Ganze noch. So kommt ja doch nichts dabei raus..."

Und sie haben Recht behalten: Rausgekommen ist rein *gar nichts* auf der BV! Metz hat zwar ordentlich Pfeffer gekriegt von den Kollegen, aber gekratzt hat ihn das letztlich doch nicht. Metz: „Glauben Sie vielleicht, wir würden so leicht umkippen?" Zur „Beruhigung" fügte er allerdings noch schnell hinzu: „Wir werden mit dem Betriebsrat natürlich weiter verhandeln und die Standpunkte klären."

Vielen Kollegen wird spätestens hier klargeworden sein, wozu diese ganze Verhandlerei in der Vorstandsetage inszeniert wird: Um uns auf diese Weise von solchen Kampfmaßnahmen abzuhalten, bei denen der Metz tatsächlich „umkippen" würde.

Kollegen, wie ihr gesehen habt, hat sich der Betriebsrat von Anfang an auf das harmlose Katz- und Mausspiel mit der Geschäftsleitung beschränkt und alles daran gesetzt, daß auch wir „ruhig" bleiben. Durch hinterhältiges Taktieren hat er die von uns geforderte sofortige Durchführung einer Betriebsversammlung und die darauffolgende Mobilisierung der Gesamtbelegschaft verhindert, bis es dann zu spät war. Das Feuerwerk, das er am Mittwoch auf der BV gegen Metz dann noch losgelassen hat, war also nur zum Dampfablassen gedacht. Er wußte, daß dieses Feuerwerk zwar schön anzusehen und zuhören sein wird, aber wirkungslos in der Luft zerplatzt.

Kollegen, der sogenannte „Kampf" des Betriebsrats um das Weihnachtsgeld bestand objektiv also darin, diesen Kampf zu verhindern! Darin bestand seine schäbige Rolle. *Verrat* nennt man sowas!

Kollegen, wir werden im Klassenkampf gegen die Kapitalisten nur dann Erfolge haben, wenn wir diesen Kampf revolutionär führen, d. h. kompromißlos, unversöhnlich, im Vertrauen auf die eigene Kraft entgegen allen Versuchen, unsere Reihen zu spalten, unsere Kampfentschlossenheit durch Geheimdiplomatie mit den Kapitalisten und Hinhaltetaktik zu zermürben.

Metz bereitet die nächste Schweinerei schon vor. Wie er auf der BV ankündigte, „behält er sich vor", den Bonus im Frühjahr auf der Grundlage der Bewertungsbögen oder/und der Gesundheitsprämie zu verteilen. Wir müssen den Kampf dagegen selbständig und rechtzeitig vorbereiten, sonst werden wir wieder über's Ohr gehauen!

Weg mit den Bewertungsbögen! Weg mit der Gesundheitsprämie!

Ausländischen Familien droht Streichung des Kindergeldes

Viele ausländische Familien bei uns machen sich Sorgen. Wird ihnen gerade jetzt zu Weihnachten das Kindergeld für ihre Kinder gestrichen. Es klingt kaum glaublich, aber es ist wahr. Mitte November flatterte Tausenden ausländischen Kollegen ein Schreiben ins Haus, in dem sie aufgefordert werden, eine Bescheinigung über den regelmäßigen Schulbesuch ihrer schulpflichtigen Kinder an das Arbeitsamt zu schicken.

Geht diese Bescheinigung nicht bis zum 1. Dezember dort ein, wird ihnen das Kindergeld für diese Kinder gestrichen. Warum? Weil, so die amtliche Begründung für diese bundesweite Aktion, man dann nicht davon ausgehen kann, daß diese Kinder tatsächlich hier in Westdeutschland leben. Denn, so Herr Ochsmann vom Landesarbeitsamt Niedersachsen, mit kaum zu übertreffendem Zynismus: „Kein Einwohnermeldeamt läßt bei der Anmeldung den Ausländer samt seiner Familie aufmarschieren. Man kann den Angaben also glauben oder auch nicht."

Betroffen von dieser Maßnahme sind alle Ausländer, die nicht aus EG-Ländern, der Schweiz oder Österreich kommen. Denn für sie gilt seit dem 1. 1. '75 die reaktionäre Regelung, daß sie nicht für alle ihre Kinder das ihnen zustehende Kindergeld bekommen, sondern nur für die, die auch hier in Westdeutschland wohnen. Und sie werden ab sofort auch für die hier lebenden Kinder kein Kindergeld mehr bekommen, wenn sie es, aus was für Gründen auch immer, nicht geschafft haben, zum festgesetzten Termin die Schulbescheinigung für ihre Kinder abzuschicken. Gezahlt wird ihnen das Geld erst dann wieder, wenn die Arbeitsämter sich nach einer weiteren Mahnung an die Eltern der ausländischen Kinder, selbst bei den Schulen erkundigt haben. Um vorauszusehen, daß darüber Monate ins Land gehen werden, braucht man kein Hellseher zu sein. Wer also den ersten Termin verpaßt, dem wird über Monate das ihm zustehende Kindergeld gestohlen. Denn von einer Nachzahlung war bis jetzt keine Rede.

Die Empörung unter den ausländischen Familien über diese unglaubliche Provokation ist groß. Erneut steht die Forderung, für die damals Hunderte auf die Straße gingen: **Diese reaktionäre Kindergeldregelung muß fallen!**

Unterstützen wir den Kampf unserer ausländischen Kollegen gegen diese und andere Diskriminierungen. Für das Recht der ausländischen Kollegen auf die sofortige Einbürgerung mit allen politischen Rechten, ohne Verpflichtung, die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen!

Jochen Neumann, 18 Jahre alt

Im Krankenhaus tödlich erkrankt

Jochen Neumann, 18 Jahre alt, ist tot. Am 19. Oktober brach er sich den Oberschenkel bei einem Mopedunfall. Einlieferung in das modernste Krankenhaus in Duisburg, das Städtische Klinikum am Kalkweg. Tags darauf wird er operiert, die Knochen werden verplattet. Danach verschlechtert sich sein Zustand. Doch nichts wird unternommen. Drei Tage später, am Samstag, wird eine bakterielle Blutuntersuchung durchgeführt. Das Ergebnis: Gasbranderreger. Die Verlegung ins St. Josephshospital zur Überdruckbehandlung kommt zu spät. Jochen stirbt um 22.00 Uhr. Seine Eltern sind verzweifelt.

Starb Jochen an den Folgen des Unfalls, an den Folgen des Knochenbruchs? Nein! Professor Dr. Bettag von den Städtischen Kliniken weist jede Anschuldigung zurück. „Er muß sich vorher infiziert haben!" Aber: In jedem medizinischen Lexikon ist nachzulesen, worin z. B. die Ursachen von Gasbrand, der in wenigen Tagen zum Tode führt, liegt: „...nicht sachgemäß oder zu spät versorgte Wunden (Hospitalbrand), mit schwerer Gewebsschädigung, besonders bei komplizierten Frakturen oder Luxationen (Brüchen und Verrenkungen)." Jochen hatte einen Oberschenkelbruch, doch keinen offenen! Er kann sich unmöglich auf der Straße infiziert haben.

Die tödliche Infektion zog er sich im Krankenhaus zu. Die mangelnde Hygiene in den Krankenhäusern der Bundesrepublik ist katastrophal. Doch dies soll vertuscht werden. Es kommt nur dann ans Tageslicht, wenn z. B. wie in diesem Fall die Eltern einen Prozeß gegen das Krankenhaus anstrengen.

Im St. Josephshospital besteht ein Zentrum für Überdruckbehandlung: Die Patienten kommen in eine Kammer, in die Sauerstoff und Luft mit Überdruck gepumpt wird. Aus diesem Grund werden dort häufig Patienten mit Gasbrand behandelt. Kollegen aus diesem Krankenhaus berichteten uns:

„Die meisten der hier behandelten Patienten bekommen den Gasbrand im Krankenhaus, und nicht auf der Straße. Über die Hälfte stirbt. So eine fünfzigjährige Frau aus Düsseldorf, die wegen ihres Asthmas eingeliefert wurde. Sie bekam eine Spritze in den Oberschenkel, kurz darauf schwoll der Oberschenkel an, im Gewebe bildete sich Gas. Hohes Fieber. Zwei Tage später starb sie hier bei uns.

Oder ein Querschnittsgelähmter. 15 Jahre war er gelähmt und mußte gepflegt werden. Doch das Heim ließ ihn verkommen. Zuerst lag er sich durch. Die wundgelegenen Stellen am Becken begannen zu eitern. Die Infektion schritt weiter fort, drang vor in das Becken, den Darm, die Harnröhre. Und hierdurch entstand Gasbrand. Der Mann kam zu uns, als jede Behandlung zu spät war. Fast jede Woche kommt ein Patient bei uns eingeflogen, doch für die meisten gibt es keine Rückkehr mehr."

Natürlich weiß dies auch Professor Dr. Bettag vom Städtischen Klinikum. Jochens Eltern haben Anzeige erstattet. Das ist gut und richtig. Nur, man braucht kein Hellseher zu sein, um das Ergebnis der „restlosen Aufklärungsarbeit" der Staatsanwaltschaft abzusehen. Wie diese Behörde, wie die Sachverständigen usw. arbeiten, ist bekannt. „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus", so heißt es in einem Sprichwort.

Nicht das Pflegepersonal, nicht die Putzfrauen sind in erster Linie Schuld an den schlechten Hygienezuständen. Die Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen des Bonner Staates führen doch dazu, daß notwendige Desinfektionsmaßnahmen nicht vorschriftsmäßig vorgenommen werden. Sie sind oft zu teuer. Die Folge ist auch: schnelles und damit oberflächliches und geradezu unhygienisches Arbeiten. Mit weniger Personal soll mehr geleistet werden, auf Kosten der Hygiene und damit auf Kosten der Patienten.

Jochen Neumann könnte noch leben, Tausende könnten noch leben. Sie wurden Opfer einer Gesundheitspolitik, deren oberstes Prinzip die Wirtschaftlichkeit, der Profit ist, nicht das menschliche Leben.

Zweite Woche Streik an den Hochschulen

Kämpferische Aktionen der Studenten

An rund 130 Hochschulen und Universitäten wurde in den letzten 14 Tagen gestreikt. Gegen das Hochschulrahmengesetz und die einzelnen Landeshochschulgesetze stimmten die Studenten fast überall für Kampfmaßnahmen. Trotz vieler Polizeieinsätze, von Rektoren ausgesprochenen Streik- und Urabstimmungsverboten, obwohl VDS und MSB-Revisionisten abwiegelten wo sie nur konnten, kam es auch in der zweiten Streikwoche wieder zu militanten Kämpfen.

In Westberlin an der Technischen Fachhochschule, wo wie in vielen anderen Hochschulen gegen den VDS-Vorschlag unbefristeter Streik beschlossen wurde, tauchte auf einer



Kiel. An der Fachhochschule, wo eine Woche lang gestreikt wurde, fanden mehrere Polizeieinsätze statt. Unser Bild zeigt den Verantwortlichen dafür, Kanzler Hoffmann (Pfeil), der von wütenden Studenten bedrängt wird.

Vollversammlung ein reaktionärer Professor auf. Die Studenten forderten ihn auf, den Saal zu verlassen. Als er sich weigerte, flog ihm ein Ei an den Kopf, das Licht ging aus, und er wurde kurzerhand hinausbefördert. Viele Studenten standen in den zwei Wochen aktiv als Streikposten und verhinderten militant fast alle Streikbrecherseminare und Vorlesungen. Es kam zu mehreren Polizeieinsätzen, die aber die Streikfront nicht brechen konnten. Zwei Kontaktbereichsbeamte, die an den Hochschulen herumschnüffelten, bekamen von den Studenten ordentlich Prügel.

Auf einer Uni-Vollversammlung konnte ein Apell an die Politiker, das Hochschulrahmengesetz zu novellieren, den die Revisionisten eingebracht hatten, verhindert werden, und die richtige Forderung „Weg mit dem HRG" blieb bestehen. Auch auf der Vollversammlung der PH sprach sich die Mehrheit der Studenten gegen „Mitbestimmungs- und Novellierungsschwindel" aus.

Am 10. 12. fand in Westberlin eine kämpferische Demonstration der Hochschulen und Schulen statt. 18.000 waren auf die Straße gegangen. Sie forderten die sofortige Einstellung und Aufhebung aller Ordnungs- und Strafverfahren, die gegen kämpfende Studenten eingeleitet worden sind. Sie demonstrierten für freie politische Betätigung in allen gesellschaftlichen Bereichen, gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gesinnungsschnüffelei. Es wurden auch Transparente getragen mit Parolen gegen den Verbotsantrag gegen die KPD/ML und andere Organisationen und die sofortige Freilassung der in Westberlin inhaftierten Drucker der Agit-Druckerei gefordert.

In Frankfurt, wo die Studenten in der ersten Streikwoche den hessischen Kultusminister Krollmann von der Uni verjagt hatten, überfiel die Polizei am 7. 12. das Streiklokal, einen Hörsaal in der Uni. 10 Studenten wurden festgenommen. Aber die Empörung an der Uni war sehr groß, und sie mußten bald wieder freigelassen werden. An diesem Tag fand in Frankfurt keine einzige Vorlesung oder ein Seminar gegen den Willen der Studenten mehr statt.

An vielen Hochschulen wo die Studenten kämpferisch für die Streikziele eintraten, fielen ihnen der VDS und die ihn tragenden MSB/SHB-Gruppen in den Rücken. Schon vor dem Streik hatte der VDS angekündigt, „er sähe es keineswegs als seine Aufgabe an, studierwillige Studenten daran zu hindern, Lehrveranstaltungen zu besuchen". Wo die Reaktionäre an den Hochschulen trotz der Beschlüsse der Vollversammlungen weiter Veranstaltungen durchziehen wollten, da waren es, wie in Bielefeld und Hamburg, gerade die MSB-Revisionisten, die der Polizei Einlaß in die Unis verschafften. In Bielefeld fanden mehrere Kundgebungen gegen den Polizeieinsatz an der Uni und Fachhochschule statt, und sie richteten sich nicht nur gegen den Terror des bürgerlichen Staates gegen die Studenten, sondern auch gegen die Verräter in den eigenen Reihen.





Ein Bild aus dem Sommer '77. Die VDS-Führung ließ bei einer Kundgebung in Bonn eine Polizeihundertschaft gegen die fortschrittlichen Studenten aufmarschieren, von denen sie sich offensichtlich bedroht fühlt.

Unterdrückung im Bremer "Isenbergheim"

Das Jugendamt wusste Bescheid

Mitte September trat der Sozialarbeiter Peter Brosch an die Öffentlichkeit: Das Bremer Isenbergheim ist wie ein Knast! Im „Roten Morgen" Nr. 45 erschien dazu ein Interview. Drei junge Mädchen tot, Briefzensur, Schläge ins Gesicht — das wirbelte Staub auf. Die Behörden sahen sich gezwungen, Stellung zu beziehen. Doch die Antworten zeigen: Das Jugendamt wußte Bescheid.

Peter Brosch hat aufgedeckt: Die Mädchen müssen in diesem Erziehungsheim der Inneren Mission harte Knochenarbeit leisten. Acht Stunden in der Waschküche. Sie bekommen dafür keinen Pfennig Geld. Jetzt kommt heraus: Das Landesjugendamt hat schon 1971 und 1973 bei Gesprächen mit der Heimleitung festgestellt, daß nicht ordnungsgemäß entlohnt wird. Damals hat die Behörde notiert: „Es wäre erfreulich, wenn bald eine Lösung gefunden werden könnte." Und nichts passierte!

Schläge für die Mädchen, Ausgangsbeschränkungen, Religionszwang — all dies war den Behörden schon lange bekannt. So las ein Mitarbeiter dieses Jugendamtes bereits 1975 eine Examensarbeit einer Sozialpädagogin, in der diese Zustände im Isenberg-Heim geschildert wurden. Nichts passierte. Begründung des Jugendamtes: Es war keine Anzeige gemacht worden, außerdem wäre das eine „fatale Verquickung von Dienst und Privat", wenn ein Mitarbeiter Kenntnisse aus seiner nebenberuflichen Tätigkeit als Prüfer an der Hochschule für Sozialpädagogik dienstlich verwenden würde. Eine peinliche Ausrede!

Daß die staatlichen Behörden selbst diesen Terror wünschen, zeigt sich an der Briefzensur. Peter Brosch hat berichtet, daß alle Briefe an und aus dem Isenbergheim gesetzeswidrig kontrolliert und manchmal sogar von der Heimleiterin vernichtet wurden. Jetzt kommt heraus: Das Öffnen der Briefe geschieht nicht nur im Isenbergheim mit Wissen und auf Wunsch des Jugendamtes, sondern ebenso in vielen anderen Heimen. Eine ehemalige Heimleiterin berichtete dem „Weserkurier", daß ihre Anfragen beim Jugendamt, ob die Überwachung nicht unterbleiben könne, jedesmal eindeutig verneint wurden.

Mit Wissen und Billigung des Staates also haben sich hinter den Mauern des kirchlichen Isenbergheimes Zustände abgespielt, die denen in Gefängnissen gleichkommen. Auch wenn der Jugendsenator jetzt die Angelegenheit vertuschen will und vielleicht einige Mitarbeiter des Amtes „opfert", der Terror in den Erziehungsheimen beweist: Dieser Staat kümmert sich einen Dreck um eine vernünftige Erziehung der Jugend. Seine Jugendarbeit heißt: Kontrolle, Unterdrückung, Ausplünderung.

"Trennscheibe" in Hamburg schon eingeführt

Politische Gefangene noch weiter entrechtet

Seit zwei Wochen können sich die politischen Gefangenen in Hamburg nur noch getrennt durch eine Plexiglasscheibe mit ihren Verteidigern verständigen. Also kein Händedruck mehr zwischen Gefangenen und Verteidigern, kein ungezwungenes Gespräch, keine Übergabe der Verteidigerunterlagen an den Mandanten, keine Übergabe der Anträge des Mandanten an den Verteidiger. Dafür anstrengende und ermüdende Gespräche über ein Metallsieb, das nach den Aussagen eines Justizvollzugsbeamten „kein einziges Haar" durchläßt, dafür Übermittlung jedes einzelnen Schriftstückes über Justizbeamte, die, so der Hamburger Senator Meyer, durch „Schütteln oder flüchtiges Durchblättern" alle Verteidigungsunterlagen kontrollieren sollen. (Daß sie auch alle Papiere weitergeben müssen, steht dagegen nirgendwo geschrieben.)

„Rechtsstaatlich und absolut verfassungskonform" nennen die SPD-Politiker diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Verteidigungsmöglichkeiten der politischen Gefangenen gegenüber dem Plan der CDU, die mündlichen Verteidigergespräche zu überwachen. Welch ein Hohn! Denn worauf laufen diese „rechtsstaatlichen und verfassungskonformen" Maßnahmen der SPD anderes hinaus, als die mündlichen Verteidigergespräche weitgehend unmöglich zu machen, wenn nicht ganz zu unterbinden! Bereits am 6. 8. 1974 konnte man in einem richterlichen Protokoll über die Praxis der Trennscheibe im Toten Trakt in Hannover, in dem damals der politische Gefangene Ronald Augustin untergebracht war, lesen: „Im Besucherkäfig kann man zwar die Worte seines Gegenübers durch die Trennscheibe verstehen; die Lautstärke ist jedoch erheblich herabgesetzt und der Klang sehr dumpf. Es wurde festgestellt, daß es sehr anstrengend ist, sich auf diese Weise länger zu besprechen." Wie es mit der Lautstärke bei den neuen Trennscheiben aussieht, deren Metallsieb noch nicht einmal ein Haar durchläßt, kann man sich ohne Schwierigkeiten vorstellen!

(Und davon einmal ganz abgesehen. Wer garantiert denn, daß diese „Gespräche" nicht doch abgehört werden? Zwar nicht durch einen Richter, der dabeisitzt, aber über Mikrophone, die dem Richter das Abhören vom Tonband möglich machen? Gerade jetzt wurden die Ermittlungen gegen die baden-württembergischen Minister eingestellt, die 1975 und 1976 in Stammheim hatten abhören lassen — „wegen Vorhandensein einer Notstandslage" — und wann gibt es die für die Herrschenden nicht, wenn es um die Verfolgung von politischen Gegnern des Kapitalismus, um Revolutionäre und Kommunisten geht?)

So verbirgt sich hinter dem harmlosen Begriff der „Trennscheibe" ein Angriff auf die Verteidigungsmöglichkeiten der politischen Gefangenen, mit dem die Herrschenden in Westdeutschland sogar noch die Praktiken des faschistischen Regimes in Spanien übertreffen. Dort sind Verteidigerbesuche möglich. Sollen die Herren in Bonn ihrem neuen Angriff gegen die politischen Gefangenen, der die Verteidigung dann ausschalten soll, wenn das berüchtigte Kontaktsperregesetz gerade nicht angewandt wird, also ruhig das Etikett „rechtsstaatlich und verfassungskonform" aufkleben! Sie öffnen den Werktätigen damit selbst die Augen darüber, was von diesem „Rechtsstaat" und dieser „Verfassung" zu halten ist.

Die „Trennscheibe" ist nicht die einzige faschistische Maßnahme, die im Zuge der „Terroristenbekämpfung" durchgesetzt werden soll. Weiter gefaßte Bestimmungen über Verteidigerausschlüsse sollen auch den letzten Rechtsanwalt, der sich dem Angeklagten und nicht dem Staatsanwalt verpflichtet fühlt, ausschließen; neue „Razziengesetze" sollen den Fahndungsterror der letzten Wochen und Monate zum Alltag in der Bundesrepublik werden lassen: Kontrollpunkte auf allen größeren Straßen, wo jeder sich ausweisen und seine persönlichen Gegenstände durchsuchen lassen muß; das Recht für die Polizei, jedermann bis zu 48 Stunden festzuhalten, wenn es ihr für seine „Identitätsüberprüfung" dienlich erscheint; das Recht für die Polizei, jederzeit ganze Wohnhäuser, Gebäudekomplexe und Häuserblocks zu durchkämmen. Sie braucht lediglich zu sagen, es bestehe der Verdacht, daß sich dort ein „Terrorist" aufhalte. Und schließlich inzwischen auch im Bundesjustizministerium offizielle „Überlegungen", die „Sicherheitsverwahrung", also die faschistische Schutzhaft, für jeden einzuführen, der einmal von einem Gericht als „Staatsfeind" verurteilt wurde. Das sind die Maßnahmen, die im Zuge einer Änderung der Strafprozeßordnung in der nächsten Zeit durchgesetzt werden sollen. Das sind die Maßnahmen, mit denen Bonn die Bundesrepublik weiter zu einem KZ-Staat ausbauen will. Setzen wir uns gegen diese Pläne zur Wehr! Kämpfen wir gegen die wachsende Faschisierung!



WAS WIRKLICH HINTER DER PHRASE VOM „RECHTSSTAAT" STEHT

Korrespondenz — Am diesjährigen Roten Antikriegstag wurde in Kassel eine Kundgebung der KPD/ML von Polizeiprovokateuren überfallen. Ein Genosse, der die Kundgebung fotografiert hatte, wurde von zivilen Spitzeln angegriffen, die ihm den Film wegnehmen wollten, er wurde trotz Protestes vieler Passanten von mehreren Polizisten überfallen, geschlagen und festgenommen. Auf der Wasche wurde er von einem Polizisten so zusammengeschlagen, daß er mehrere Tage arbeitsunfähig war. Ein Arzt, der ihn gleich danach behandelte, stellte erhebliche Verletzungen fest.

Der Genosse erstattete am Tag darauf Strafanzeige gegen die Polizisten.

Davon hört er bis heute kein Wörtchen. Stattdessen bekommt er postwendend von der Krankenkasse des Polizisten einen Schrieb, in dem die Kasse Schadensersatzforderungen gegen den Genossen anmeldet, weil er angeblich den Polizisten bei einer Demonstration verletzt haben soll. Natürlich weist der Genosse die Forderungen zurück.

Es kommt aber noch besser. Vor wenigen Tagen erhält er einen neuen Brief, diesmal von der Polizei. Sie behauptet darin, der Polizist sei durch den Genossen körperlich verletzt worden und *eine Woche arbeitsunfähig* gewesen. Sie verlangt dafür 700 DM Schadensersatz. Und damit noch nicht genug: Sie behält sich vor, alle möglichen weiteren Kosten, die aus dem „Dienstunfall" des Polizisten entstehen können, später einzufordern.

Das ist wirklich der Gipfel an Unverfrorenheit. Es zeigt, was wirklich hinter der Phrase vom „Rechtsstaat" steckt: Ein Freibrief für die Polizeischläger zum Schlagen und Prügeln und für alle erdenklichen Schikanen gegen die Bevölkerung.

Und was wurde aus dem Film, den die Polizei beschlagnahmte? Der Rechtsanwalt des Genossen beantragte sofort die Herausgabe des Films. Der zuständige Richter bestätigte sogar diesen Antrag und verfügte die Herausgabe des Films.

Man sollte meinen, daß richterliche Beschlüsse auch für einen Staatsanwalt gelten. Aber weit gefehlt! Erstmal läßt sich der Staatsanwalt noch 14 Tage Zeit mit seiner Antwort, und dann bequemt er sich, einen unvollständigen Film herauszurücken. Mehrere Bilder behält der Staatsanwalt ein, aber nicht bei den Akten — sondern er überreicht sie dem zivilen Spitzel, der sich fotografiert fühlte.

Der Genosse verlangt erneut die Herausgabe des gesamten Films, auch sämtlicher fehlender Negative, und legt Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Staatsanwalt ein.

Auch damit läßt sich der Gerichtsapparat Zeit. Knapp zwei Monate später teilt der Oberstaatsanwalt mit, daß die Beschwerde eingegangen sei und die Sache geprüft würde. Auch dieser Herr — einer der Hüter des „Rechtsstaates" — fühlt sich nicht im geringsten verpflichtet, die richterlichen Beschlüsse durchzuführen.

Man sieht, daß diese „Rechtshüter" nach höchsteigenem Gutdünken entscheiden, ob sie ihre eigenen Gesetze und Regeln einhalten oder nicht — je nachdem, wie es ihnen in den Kram paßt. Wenn es um ihre Gesetze zur Unterdrückung der Bevölkerung, zur Einschränkung der wenigen verbliebenen demokratischen Rechte geht, dann sind sie 200%ig in ihrer Anwendung — wenn es aber darum geht, eines unserer wenigen Rechte gegen die Interessen des staatlichen Machtapparates durchzusetzen, dann setzen sie sich über ihre eigenen Regeln hinweg.

„EIN SCHRITT FASCHISTISCHER GEHEIMJUSTIZ"

Liebe Genossen!

In der vorigen Woche erhielt ich das schriftliche Urteil von meinem Roten-Antikriegstags-Prozeß, in dem ich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Er fand am 3. 10. 77 statt. Die Bewährung wurde gestrichen, so daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann mich die Bourgeoisie ins Gefängnis werfen wird. Selbstverständlich nutzte ich noch die Möglichkeit der Revision — allerdings ohne Illusionen...

In dem schriftlichen Urteil nun wird unter dem Kapitel „Feststellungen zu den persönlichen Lebensverhältnissen des Angeklagten" geschrieben: Er ist Mitglied der KPD/ML. Diese sogenannte Feststellung des Gericht — wie kam sie zustande? Ich habe in der Verhandlung nichts dergleichen gesagt. Auch Richter und Staatsanwalt haben dazu nicht ein Wort verloren, noch haben sie „Zeugen" aufgefahren.

Natürlich habe ich im Prozeß das revolutionäre Vorgehen vom RAKT '72 verteidigt, natürlich habe ich das Verfahren genutzt, um die Partei und ihre Politik zu propagieren und zu verteidigen. Natürlich ist bekannt, daß ich die Politik der Partei für richtig halte. Die Sauerei liegt in folgendem: Hinter verschlossenen Türen trifft das Gericht bestimmte „Feststellungen". Es bleibt im Dunkeln, wie das Gericht zu solchen „Fakten" kommt; es ist einem als Angeklagten jede Möglichkeit genommen, das nachzuprüfen und im Gerichtssaal anzuprangern. Von jetzt an soll in allen Akten stehen: „Es ist gerichtsbekannt, daß der Betreffende Mitglied der KPD/ML ist." Wie es zu dieser Feststellung gekommen ist? Danach fragt dann keiner mehr — es steht jedenfall fest!

Genossen! Das ist ein Schritt faschistischer Geheimjustiz! Weiter aber ist das auch ein Teil der Verbotsdrohungen und schärfer werdenden Verfolgung gegen die Partei, die KPD/ML. Sollte die Partei später einmal verboten werden, kramen sie dieses Urteil wieder aus und machen mir einen Prozeß wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei, weil ja damals „festgestellt wurde, daß der Angeklagte Mitglied der KPD/ML ist." In diesem Prozeß spätestens wären dann die Rollen vertauscht: Nicht die Klassenjustiz müßte beweisen, daß ich Mitglied der Partei bin, sondern ich müßte beweisen, daß ich es nicht bin. Damit hätte sie leichtes Spiel, mich erneut hinter Gitter zu werfen. Genossen! Aber welche Tricks sie sich auch ausdenken, zu welchen Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen sie auch greifen — **Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten!** Ihr Untergang ist gewiß!

Rot Front! Klaus

6 Monate Gefängnis für Buback-Flugblatt

Der Hass soll verboten werden

Sein Name stand unter einem KBW-Flugblatt, das nicht in die vom Staat verordnete Trauer über Bubacks Tod einstimmte: „Gründe, Richter, Staatsanwälte, Regierungspräsidenten oder Polizeiprasidenten zu erschießen, ach herrje, Gründe gäbs genug." Das reichte dem Gericht. Volksverhetzung! Störung des öffentlichen Friedens! Der Student Andreas Schraknepper wurde zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Dieses Terrorurteil in Göttingen ist ein weiterer Versuch, unter dem Deckmantel des Paragraphen „Volksverhetzung" diejenigen zu verfolgen, die die Bonner Hetze nicht mitmachen wollen. Wir sollen vergessen, daß Schleyer und Ponto kapitalistische Ausbeuter waren. Wir sollen vergessen, daß Buback sein Geld damit verdiente, daß er Menschen hinter Gitter brachte. Daß er für die Isolationsfolter an politischen Gefangenen verantwortlich war. Nein, diese Ausbeuter und Unterdrücker haben keine Träne, keine Trauer und keine Gedenkfeier verdient.

Die Methoden, die der Staat einsetzt, um den Gleichschritt zu erzwingen, erinnert an die Zeit des Faschismus. Eine Presse, die wie aus einem Munde spricht. Politiker, die alle, die sich nicht in ihre „Volksgemeinschaft" pressen lassen wollen, zu „Sympathisanten" des Terrors abstempeln. Und schließlich für diejenigen, die immer noch nicht in den Chor der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" einstimmen wollen, die nackte Gewalt: Gefängnisstrafen, Entlassungen aus Betrieben, Berufsverbote.

Allein 150 Anzeigen verfolgt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit „Buback-Nachrufen". Gegen Studentenzeitungen in Bochum, Aachen, Westberlin. Gegen Professoren in Osnabrück, Hannover und Bremen. Gegen politische Buchläden, Druckereien und Studentenausschüsse. Eine Welle von Verfolgungsmaßnahmen, deren Richtung durch das Terrorurteil in Göttingen bestimmt ist. Das zeigt auch das Urteil gegen einen anderen KBW-Sympathisanten in Hanau, der ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er Buback einen der „höchstbezahlten Verbrecher der BRD" genannt haben soll, und zwar bei einer Diskussion auf der Straße.

Es ist klar: Sie wollen uns den Mund verbieten, sie wollen uns einschüchtern. Auch mit Entlassungen. Wie im Bezirksamt Spandau in Berlin. Der Personalrat machte für Buback eine Schweigeminute. Udo Knapp blieb sitzen: „Ich sehe mich nicht imstande, Herrn Buback ehrend zu gedenken." Sofort leitete die ÖTV-Verwaltung ein Ausschlußverfahren ein, Begründung: Er sei ein Sympathisant der Terroristen. Und der Stadtrat beantragte Versetzung und Entlassung.

Doch die Demagogie, die Unterdrückungsmaßnahmen werden den berechtigten Haß vieler Werktätiger auf die kapitalistischen Ausbeuter vom Schlage eines Schleyer, Ponto oder Buback nicht ersticken können. Gerade der Terror gegen jede nicht gleichgeschaltete Stimme drückt die Furcht aus, den die Bourgeoisie vor dem Haß des Volkes hat. Ein Haß, der sich in den wachsenden Klassenkämpfen verwandeln wird in revolutionäre Energie für den Sturz dieses kapitalistischen Staates.

BKA - Grossfahndung geht weiter

Immer noch „Fahndung total" in der Bundesrepublik. Letzte Woche wurde in allen Regierungsbezirken von NRW eine Großfahndung ausgelöst. Immer noch Jagd auf sogenannte Terroristen? BKA-Chef Herold erklärte jetzt unverblümt: „Die bisherigen Erfolge in der Ermittlung und die darauf erfolgten Festnahmen sind nicht der Großfahndung zu verdanken gewesen."

Im gleichen Atemzug jedoch kündigte er neue Großfahndungen an. Und nicht nur gegen die steckbrieflich Gesuchten soll es diesmal gehen, sondern gegen einen Personenkreis, den Herold „Helfer" nennt und dessen Zahl er mit 1.000 beziffert. Die Herren vom BKA haben sich darüber ausgeschwiegen, was sie unter einem solchen „Helfer" verstehen, wer damit gemeint ist. Es stehen also Hunderte von Menschen auf den Fahndungslisten der Polizei, ohne davon zu wissen. Jeder, der als Demonstrant oder Flugblattverteiler vom Polizeicomputer erfaßt wurde, muß doch befürchten, auf diesen mysteriösen „Helfer"-Listen geführt und bei der nächsten Kontrolle verhaftet zu werden.



Die Hatz gegen die Bevölkerung soll noch größer werden.

Vorbereitet werden die künftigen Großfahndungen gegenwärtig durch eine neue Serie von Fahndungsfilmen der Polizei. Allabendlich zur besten Fernsehsendezeit wird wieder die Terroristenhysterie geschürt, zur Denunziation aller „Verdächtigen" aufgerufen usw. Die Bundespost steigt in diese Kampagne mit einer dramatischen Erklärung ein: Künftig sollen keine Sendungen mehr für den Inlandsluftpostdienst angenommen werden. Begründung: Es könnte ja eine Bombe drin sein. Wie es aber wirklich mit der Sorge Bonns um die Sicherung der Flugzeuge und ihrer Passagiere gegen Anschläge bestellt ist, zeigte eine Erklärung des Postministers Gscheidle. Er setzte sich nachdrücklich dafür ein, daß bei Lufthansa-Flügen bewaffnete Kommandos die Maschinen begleiten. Das bedeutet: Schießerei bei einem Entführungsversuch, Beschädigung der Maschinen. Die Überlebenschance der Passagiere wäre dann kaum größer als Null.

Spenden

RM-Spenden

L. H., Duisburg, 31. 10.	60,00
W. H., München, 3. 11.	100,00
RG Minden, 9. 11.	24,00
O. G., Norwegen, 10. 11.	30,00
Genossen aus Dortmund, 15. 11.	65,00
E. W., Niederlande, 18. 11.	10,00
Buchhandlung „Roter Morgen", Köln, 23. 11.	30,00
B. R. u. W. G., Westberlin, 25. 11.	400,00
Gesamt	**719,00**

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Das Beispiel Schwarmstedt Januar 70

Als ich von den Plänen der Regierung hörte, was sie heute wieder mit den Ersatzdienstleistenden (EDLs) vorhaben, dachte ich sofort an den Streik im Januar 70, von dem wahrscheinlich heute wenige Ersatzdienstleistende wissen.

Damals sollte in Schwarmstedt bei Hannover ein solches Arbeitslager für mindestens 150 Ersatzdienstler in einer alten Bundeswehr-Kaserne (Baracken) aufgebaut werden. 17 Ersatzdienstler wurden als Vortrupp hingeschickt, die die Zimmer mit Bundeswehr-Möbeln einrichten sollten. Schon nach drei Monaten kam das Faß zum Überlaufen. Nach verschiedenen Schikanen und der Anweisung, daß ein Wachdienst und Ausweiskontrolle eingerichtet werden soll von uns — und besonders, nachdem uns eine sogenannte „Studie der Ersatzdienstgruppenleiter" bekannt wurde, in der zentrale Sammellager für Ersatzdienstler gefordert werden, traten wir in einen unbefristeten Streik und forderten die Auflösung des Lagers Schwarmstedt. 13 von 17 EDLs beteiligten sich.

Das Bundesverwaltungsamt (die zuständige Behörde) verfügte sofort, daß wir kein Geld und keine freie Heilfürsorge mehr bekamen und drohte uns mit Strafverfolgung. Wir richteten eine Telefonzentrale ein und benachrichtigten auf mündlichem und schriftlichem Weg alle erreichbaren Ersatzdienstler. Unsere dringende Bitte um Unterstützung blieb nicht ohne Echo: Über 500 Ersatzdienstler im gesamten Bundesgebiet traten in den Streik mit der Forderung: Auflösung des Lagers Schwarmstedt. Über 4.000 DM Spenden und Honorare von der Presse kamen zusammen, womit alle Kosten gedeckt werden konnten. Die Pfarrer in Schwarmstedt versorgten uns mit warnen Essen. Dabei versuchten sie uns jedoch immer von klaren politischen Stellungnahmen abzubringen, was ihnen auch zum Teil gelang. Der Kaufmann gegenüber der Kaserne räumte uns in den ersten Tagen Kredit ein, damit wir ersteinmal etwas zu essen und trinken hatten.

Das Bundesverwaltungsamt weigerte sich bis zuletzt, mit uns zu verhandeln: „... nicht eher, bis Sie die Arbeit wiederaufnehmen!" Aber wir blieben hart, die Versuche, den Streik zu brechen, scheiterten kläglich: — Plötzlich war unsere Telefonzentrale tot, die Ersatzzentrale nach kurzer Zeit auch (die Post erklärte, ein Relais sei defekt). — Anderen Ersatzdienstlern in Köln erzählte das BVA bereits am 29. 1. 70, das Lager sei schon aufgelöst, was eine unverschämte Lüge war.

Nach 14 Tagen, am 3. 2. 70, gab das BVA uns telefonisch bekannt, daß unsere Forderungen erfüllt werden: Das Lager Schwarmstedt wird aufgelöst. Es sollen keine Sammel- und Sonderlager errichtet werden. Straffreiheit für die Streikenden.

Allerdings war uns damals klar: Die Auflösung des Lagers Schwarmstedt sollte nicht zu der Illusion führen, daß keine Pläne zur Umformung des Ersatzdienstes zu einem Arbeitsdienst mehr existieren und verwirklicht werden sollen... Daß diese Pläne nur durch den kompromißlosen Kampf der Ersatzdienstleistenden vereitelt werden können, hat unser erfolgreicher Kampf beispielhaft gezeigt.

PS: Die DKP oder DFU konnten bei uns damals nicht landen, ihre Ratgeber stießen bei uns allen auf Ablehnung. Ihre widerlichen Methoden: Z. B. gaben wir einem Fernsehteam, das sich als „schwedisches Fernsehen" ausgab, ein Interview, das einige Tage später im Fernsehprogramm der DDR erschien!!!

Ein RM-Leser aus Bremen

Zum Abschied viel Erfolg

Ich habe die kommunistische Wochenzeitung „Roter Morgen" abonniert. Und in der Zeit habe ich viel vom Klassenkampf gelernt, das möchte ich Euch mitteilen. Ich gehe jetzt zurück nach Jugoslawien und komme nicht mehr wieder nach Deutschland. Schicken Sie mir deshalb bitte die kommunistische Wochenzeitung „Roter Morgen" nicht mehr. Zum Abschied wünsche ich allen KPD/ML-Genossen viel Erfolg bei der Vorbereitung der Revolution in West- und Ostdeutschland.

Mit revolutionären Grüßen,
A. C., Rot Front!

„Terroristenverdächtige" Urinprobe

Liebe Genossen,

eine Rentnerin erzählte mir folgendes Erlebnis. Es ist ein weiterer Beweis dafür, wie eng Post und Verfassungsschutz zusammenarbeiten.

Die Rentnerin hatte von ihrem Hausarzt einen für den Versand fertigen Briefumschlag erhalten, in dem sie eine Urinprobe an ein medizinisches Institut schicken sollte. Solche Versandtaschen für medizinische Untersuchungen gibt das Institut an die Ärzte aus, sie werden häufig verwendet und sind der Post seit langem bekannt.

Die Rentnerin brachte diese Urinprobe ordnungsgemäß verpackt zur Kieler Hauptpost. Der Schalterbeamte sagte ihr, als sie an der Reihe war, barsch: „Machen Sie den Umschlag auf, ich muß den Inhalt kontrollieren." „Warum?" „Kann ich nicht sagen." Die Rentnerin machte den Umschlag auf und ließ ihn kontrollieren. „Am liebsten hätte ich ihm das vor die Nase gekippt", war ihr Kommentar.

Rot Front!

Veranstaltung der RHD

Gründung der Ortsgruppe Düsseldorf der RHD, am 17. 12. um 17 Uhr im „Aqui Espagna", Ackerstraße 27

Geschenk-abonnement



Lieber Leser:

Wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten schenken können, vergessen Sie den „Roten Morgen" nicht. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie, wie in jedem Jahr, Geschenkabonnements bestellen können. Das Abonnement wird dem Empfänger ein Jahr lang zugeschickt und kostet 30 DM.

Bitte vergessen Sie bei Ihrer Bestellung nicht die genaue Anschrift des Empfängers und Ihre Adresse anzugeben.

Bestellungen richten Sie bitte an: Verlag Gertraud Schneider, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Die Abonnementgebühr ist im voraus auf das Postscheckkonto Dortmund 23600-465 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 zu überweisen.

Informieren Sie sich über die SVR Albanien



Albanien heute ist eine politisch-informative Zeitschrift. Sie bringt wichtige und grundlegende Artikel zu Fragen des sozialistischen Aufbaus, Fragen der internationalen Politik und des Marxismus-Leninismus. Erscheinungsweise zweimonatlich, Einzelheft 1,50 DM, Jahresabonnement nur 8,25 DM.

Neues Albanien
Eine illustrierte Zeitschrift, die in leichtverständlichen Texten und informativen Bildern anschaulich und konkret über die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Albanien berichtet. Die Zeitschrift bringt außerdem Erzählungen und Kurzgeschichten.
Erscheinungsweise zweimonatlich, Einzelheft 2,00 DM, Jahresabonnement nur 8,25 DM.

Allgemeine Notizen
Dieses Heft, das von der Gesellschaft der Freunde Albaniens herausgegeben wird, vermittelt viele Informationen über Albanien: geographische Lage, Bodenschätze, historischer Abriß, Bevölkerung, staatliche Organisation, Verwaltung, Volkswirtschaft, Wohlstand, Emanzipation der Frau, das Verhältnis zwischen höheren und niedrigeren Löhnen, Arbeit der Kader in der Produktion, Bildung und Kultur usw.
80 Seiten, 4,50 DM.









Albanische Hefte, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde Albaniens mit vielen interessanten Artikeln und Bildern. Preis: Einzelheft 2,00 DM, Jahresabonnement 7,50 DM











Stürmische Jahre
Albanische Kurzgeschichten,
196 Seiten, 6,80 DM

Kommissar Memo,
Roman von Dritero Agolli,
332 Seiten, 4,80 DM

Filmi shqiptar,
reichillustriertes Buch über albanische Filme, mit englischem Text.
218 Seiten, 15 DM

Mutter Albanien,
Gedicht von Dritero Agolli,
84 Seiten, 2,10 DM

Über die Literatur des sozialistischen Realismus in Albanien,
31 Seiten, 1 DM

Bestellungen an:

GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50

Streiflichter aus dem sozialistischen Albanien (2)

Wenn man in Albanien war, muß man natürlich über die Diktatur des Proletariats sprechen. Schließlich ist Albanien der einzige Staat der Diktatur des Proletariats in Europa, der einzige Staat also, in dem die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Aber wir hören schon, wie sich manche räuspern, um uns ins Wort zu fallen: „Verschont uns mit der Diktatur des Proletariats, wir kennen das ja: Mauer, Stacheldraht, Unfreiheit, eine allgewaltige Bürokratie, überall Polizei...". Natürlich, das wird uns tagtäglich eingehämmert. Eingehämmert von einem Heer von professionellen Lügnern, die in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die die von ihnen fabrizierten Verleumdungen mit der unschuldigsten Miene als lautere Wahrheit verkaufen. Aber die Diktatur des Proletariats in Albanien hat mit dem faschistischen Regime in der DDR nichts zu tun, mag man diesem auch tausendmal das Etikett „sozialistisch" aufkleben. Sie ist millionenfach demokratischer als unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung". In den drei Wochen, die wir in Albanien waren, hatten wir Gelegenheit, einige Aspekte der Diktatur des Proletariats kennenzulernen.

Da gibt es z. B. die Geschichte der griechischen Sängerin Marinella, die unmittelbar vor uns Albanien besucht hat, um dort mehrere Konzerte zu geben. Auf einer ihrer Fahrten nach Nordalbanien fragt sie: „Gibt es denn in Albanien gar keine Polizisten?" „Polizisten? Natürlich gibt es bei uns Polizisten. Haben Sie denn nicht gesehen, auf der Kreuzung stand doch einer." Marinella verwundert: „Das war ein Polizist? Aber hat doch gar keinen Helm, keinen Gummiknüppel..."

Über das Thema Polizei unterhalten wir uns in Vlora vor dem Abendessen mit dem Chefredakteur der Lokalzeitung. Unsere Frage kommt für den Genossen unerwartet, und er muß einen Augenblick überlegen, ehe er antwortet. Nein, er weiß nicht, wie viele Polizisten es in Vlora gibt. „Aber sehen Sie", sagt er, „in unserem Land gibt es nur sehr wenige Polizisten. Im Hafenbezirk von Vlora wohnen rund 12.000 Menschen. Dort gibt es nur einen einzigen Polizisten. (Wir überschlagen schnell: In der Bundesrepublik kommt auf rund 400 Einwohner ein Polizist, und der Etat für Polizisten steigt weiter.) Vor einiger Zeit haben wir die Zahl der Polizisten sogar abgebaut. Außerdem sind die meisten von ihnen keine hauptberuflichen Polizisten, sondern machen das nebenberuflich. Wir brauchen tatsächlich nicht sehr viele Polizisten, denn sie haben bei uns nicht die Aufgabe das Volk zu unterdrücken, Streiks niederzuschlagen, Demonstrationen aufzulösen, sie sind keine Killer und Feinde der Werktätigen."

Die Aufgabe der Polizisten in Albanien sind der Schutz des sozialistischen Eigentums und die Sorge für die Einhaltung der sozialistischen Ordnung. Aber wie gesagt, dafür braucht man keinen großen Polizeiapparat, denn das Eigentum ist in der Hand der Werktätigen und die sozialistische Ordnung legt die Macht in die Hände des Volkes selbst.

Wir sind von all dem sehr beeindruckt. Wo gibt es sonst ein Land auf der Welt, daß die Zahl der Polizisten reduziert? In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern erleben wir doch das genaue Gegenteil: immer mehr Polizisten, immer größere Befugnisse für sie, immer bessere Waffen für sie, die gegen das Volk gerichtet sind.

* * *

In Albanien sind die Waffen in den Händen des Volkes. Wenn man durch das Land fährt, begegnet man überall Gruppen von Soldaten, die gerade zu einer militärischen Übung fahren, sieht man Frauen, Männer und Jugendliche, das Gewehr über der Schulter, auf dem Marsch zu oder von einer Übung. „Unsere Armee ist das ganze Volk", erfahren wir. Jeder Albaner, auch wenn er nicht in der Armee dient, ist in irgendeiner militärischen Abteilung organisiert. Die Betriebe, Schulen und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind zugleich Festungen.

Wir besuchen die Berufsschule „7. November" in Tirana. 2.300 Schüler werden hier zu technischen Kadern ausgebildet. Die Schule ist ein riesiger Komplex mit eigenen Werkstätten und einer Fabrik für Drehbänke. Ausgerüstet mit den modernsten Lehrmitteln: Sprachlabors, Fernsehanlagen in den Klassen und technischen Apparaten, von denen wir nicht viel verstehen, obwohl sich die Genossen Mühe geben, uns alles ganz genau zu erklären. Von dem Direktor erfahren wir, daß die Schule vor kurzem den Orden „Held der sozialistischen Arbeit" bekommen hat. Als wir erfahren, daß die gesamte Einrichtung der Schule von den Lehrern, Arbeitern und Schülern selbst hergestellt worden ist, wundert uns die Verleihung des Ordens nicht.



Die Waffen in den Händen des Volkes sind einer der Kernpunkte für die sozialistische Demokratie.

Wie überall in Albanien, gibt es auch hier eine „Freie militärische Schule". Wir kommen an ein Tor, zwei Schüler stehen dort Wache, und sind auf dem militärischen Ausbildungsgelände der Schule. Jeder Schüler wird hier eine bestimmte Zeit lang ausgebildet. Hier wird die Strategie und Taktik des Volkskrieges nicht nur in der Theorie sondern auch in der Praxis erlernt. Gründlich und umfassend: vom Funken bis zum Sprengen von Brücken.

„Freie militärische Schulen" gibt es auch in den Betrieben und den LPG's. Jeder Arbeiter, jeder Genossenschaftsbauer ist zugleich Soldat. Wage es irgendein Feind, das sozialistische Albanien anzugreifen, wage es irgendjemand, durch einen Putsch die Diktatur des Proletariats zu stürzen — die Waffen in den Händen des Volkes würden ihm sehr schnell zum Verhängnis.

Es gibt die Geschichte von Chruschtschow, der früher einmal Albanien besucht hat. Chruschtschow fährt mit Genossen Enver Hoxha an der Küste bei Vlora entlang. Er sieht die Geschütze, die auf den Feldern stehen. Er sieht, wie die Bauern mit dem Gewehr neben sich bei der Arbeit sind. Beunruhigt wendet er sich an Genossen Enver Hoxha: „Sagen Sie mal Genosse, jeder hat hier ein Gewehr, haben Sie denn gar keine Angst...?" „Warum sollen wir denn Angst haben", ist die Antwort, „nur eine Regierung, die sich gegen das Volk wendet, muß Angst vor dem Gewehr in den Händen des Volkes haben. Aber so eine Regierung hat es nicht länger verdient, Regierung zu sein."

Die Bewaffnung des Volkes, wie wir sie in Albanien gesehen haben, ist ein entscheidendes Merkmal der sozialistischen Demokratie, eine wichtige Garantie dafür, daß die Armee nicht gegen das Volk verwendet werden kann. Kein einziger kapitalistischer oder revisionistischer Staat würde es wagen, Waffen an die Bevölkerung auszuteilen und die dazugehörige Munition, damit sie auch benutzt werden können. So etwas ist nur in einem Staat der Diktatur des Proletariats möglich, in einem Staat, der die Macht in die Hände des Volkes legt.

* * *

Wir sind zu Gast in Korça. Abendessen mit der Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Volksrates von Korça. Der Volksrat leitet das ganze gesellschaftliche Leben auf politischem, ökonomischem und sozialkulturellem Gebiet sowie auf dem Gebiet der Verteidigung und der Einhaltung der sozialistischen Rechtsordnung. Die Mitglieder des Volksrates werden alle drei Jahre in geheimer Wahl gewählt.

Ja, aber wie sehen denn nun die Aufgaben des Volksrates konkret aus?

Wir erfahren: Der Volksrat ist unter anderem zuständig für die Verteilung der Neubauwohnungen. Dazu wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die aus Mitgliedern der 13 Volksräte des Bezirks und dem Gesamtvolksrat besteht. Die gewählten Vertreter nehmen die Sache also selbst in die Hand. Das ist ein Prinzip in Albanien. Der Verwaltungsapparat aus nichtgewählten Angestellten wird so klein wie möglich gehalten. Die gewählten Vertreter des Volkes selbst führen die Beschlüsse aus, die sie gefaßt haben. So wird die Entstehung einer Bürokratie, eines aufgeblähten Verwaltungsapparats von vornherein verhindert.

Zurück zu den Wohnungen: Die Kommission prüft und untersucht und stellt schließlich nach der Bedürftigkeit eine Liste der Anwärter zusammen. Diese Liste wird zehn Tage lang im Büro des Exekutivkomitees ausgehängt, und jeder kann sie einsehen. Ist jemand nicht mit ihr einverstanden, untersucht die Kommission den Fall erneut, befragt alle Beteiligten, hört auch die Nachbarn und Arbeitskollegen. Manchmal werden auch Versammlungen abgehalten. Erst dann wird endgültig entschieden, wer die Wohnung bekommt.

Wenn man vergleicht, wie bei uns Neubauwohnungen vergeben werden, wie man hier der Willkür der Wohnungsämter und der Wohnungsbaugesellschaften ausgeliefert ist, dann erkennt man, wie demokratisch dazu im Vergleich das Leben in Albanien ist. Man darf ja auch nicht vergessen, daß die albanischen Werktätigen das Recht haben, die von ihnen gewählten Vertreter jederzeit wieder abzusetzen, wenn sie nicht mehr ihr Vertrauen haben oder sich schwere Fehler haben zuschulden lassen kommen.

* * *

Lebenslauf einer Arbeiterin: Die Genossin Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volksrats von Korça ist verheiratet und hat drei Söhne. Der jüngste besucht gerade die 3. Klasse, die beiden anderen sind 12 und 19 Jahre alt. Die Genossin selbst hat die achtjährige Grundschule besucht und wurde dann Näherin in einem Textilbetrieb. Gleichzeitig ging sie zwei Jahre lang auf eine Abendfachschule, um ihre Berufsausbildung zu vervollkommnen. 1962 wurde sie in die Partei aufgenommen, 1966 zur Delegierten auf dem V. Parteitag der PAA gewählt. 1967 wählen sie ihre Genossen ins Parteibüro des Bezirks. Ein Jahr später geht sie auf eine Wirtschaftsfachschule. 1975 beginnt sie den dreijährigen Kurs auf der Parteihochschule. Sie sagt: „Wir lernen jetzt alle — die Mutter und die Söhne."



Mitglieder des Volksrats des Stadtbezirkes Nr. 3 in Tirana bei einer Sitzung.

Was dieser Lebenslauf mit der Diktatur des Proletariats zu tun hat? Nun, in Albanien ist die Diktatur des Proletariats keine Phrase, dort herrschen auch nicht die berüchtigten „Apparatschiks", die z. B. in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats erdrosselten. In Albanien wird Lenins Lehre, soviele Werktätige wie möglich an der Regierung des Landes zu beteiligen, in die Tat umgesetzt. Arbeiter und Genossenschaftsbauern sind es, die Albanien regieren. Von den Abgeordneten der Volksversammlung sind 51,6% Arbeiter. 35% aller Abgeordneten der Volksversammlung arbeiten in der Produktion. 84% aller Mitglieder der Volksräte sind Arbeiter und Bauern. Im Bezirk Elbasan sind allein 28.000 Werktätige in den gewählten Organen der Produktionsplanungsgruppen tätig. Das bedeutet, jeder sechste Einwohner des Bezirks Elbasan ist an der Verwaltung, an der Regierung des Bezirks beteiligt.

Deshalb ist der Lebenslauf der Genossin in Korça typisch. Genossen und Genossinnen wie sie werden Abgeordnete, werden Minister, werden ins Politbüro der Partei gewählt. Sie leiten und regieren Albanien als wahre Vertreter des Volkes.

Nirgendwo auf der Welt gibt es eine Einrichtung wie die albanische Arbeiter- und Bauernkontrolle. Wir unterhalten uns in Vlora mit dem Genossen Parteisekretär darüber. „Hier in Vlora", erklärt er uns, „hat vor kurzem eine Arbeiter- und Bauernkontrolle im Handel stattgefunden."

Wie sie durchgeführt worden ist? Teilgenommen haben daran 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihren Kollegen gewählt wurden. Unter der Leitung des Parteikomitees machten sie sich zuerst mit den Direktiven der Partei und den entsprechenden Gesetzen bekannt. Dann haben sie sich in Gruppen aufgeteilt und sind in die Betriebe des Handels und des Dienstleistungssektors gegangen. Die meisten Mitglieder dieser Gruppe waren keine Mitglieder der Partei. Die Gruppen der Arbeiter- und Bauernkontrolle haben weitreichende Befugnisse. Niemand hat das Recht, ihnen irgendwo den Zutritt zu verweigern, Einsicht in Bücher zu verwehren usw. Die Mängel, die sie feststellen, werden auf einer Betriebsversammlung vorgetragen. Die Beschlüsse der Arbeiter- und Bauernkontrolle sind verbindlich und müssen durchgeführt werden. Die Gruppen der Arbeiter- und Bauernkontrolle haben sogar das Recht, die Absetzung von Direktoren und anderen Kadern zu veranlassen, wenn festgestellt wird, daß sie sich ernste Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.

Die Arbeiter- und Bauernkontrolle wird überall durchgeführt von den Ministerien bis hinunter zu den Abteilungen in den Betrieben. Jeder, und sei seine Funktion auch noch so hoch, ist ihr unterworfen. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle ist eine scharfe Waffe, um zu verhindern, daß die Kader sich aus Dienern des Volkes in Herren über das Volk verwandeln. Sie ist ein wesentlicher Aspekt der Diktatur des Proletariats, der Entfaltung der sozialistischen Demokratie.

* * *

Wir konnten hier nur einige Aspekte der Diktatur des Proletariats streifen. Aber schon das Wenige, was wir berichtet haben, straft die bürgerlichen und revisionistischen Verleumder Lügen. „Ohne sozialistische Demokratie kann es keine Diktatur des Proletariats geben, genau wie es für die Werktätigen ohne die Diktatur des Proletariats keine echte Demokratie geben kann", sagt Genosse Enver Hoxha. **Weil die Diktatur des Proletariats in Albanien den Werktätigen auf der ganzen Welt zeigt, wie verlogen und heuchlerisch die bürgerliche und revisionistische „Demokratie" ist, wird sie von den herrschenden Ausbeuterklassen in Ost und West totgeschwiegen und verleumdet.**

Aus aller Welt

USA

160.000 Bergleute sind in den USA in den Streik getreten. Die Kapitalisten haben darauf mit einem unverschämten Angriff geantwortet: Sie stellten mit dem ersten Streiktag alle Zahlungen für die Krankenversorgung ein. Das bedeutet, daß die kämpfenden Kumpel und ihre Familien Arztkosten, Medikamente und Krankenhausaufenthalt aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Eine dreiviertel Million Werktätiger ist von diesem Angriff betroffen.

Bergarbeiterstreiks waren in den letzten Monaten immer wieder aufgeflammt. Und immer hatten die Kapitalisten versucht, diese Streiks mit brutalem Terror zu brechen. Ein Beispiel dafür war die Verhaftung von elf Streikposten der „Blue Diamond"-Zeche in Kentucky vor mehreren Wochen. Diese Kollegen sind bis heute eingekerkert. Die gegenwärtige mächtige Streikwelle, die den Bergbau erfaßt hat, zeigt jedoch, daß auch die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie und ihres Staates den Kampfwillen der Arbeiter nicht brechen kann.

BRITANNIEN

Seit über drei Wochen stehen die britischen Feuerwehrleute in einem Streik für eine 30%ige Lohnerhöhung. Die Londoner Regierung hat gegen diesen Streik die Armee als Streikbrecher eingesetzt. Gegen die Feuerwehrleute wurde eine üble Hetzkampagne in Gang gesetzt. Sie wurden beschimpft, das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen, wenn sie ihren Dienst nicht wieder aufnehmen würden. Aber die Verantwortung trägt allein die britische Regierung, die sich nach wie vor weigert, die berechtigten Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

Auch die reaktionären Führer des Gewerkschaftsdachverbands TUC sind jetzt offen gegen die Feuerwehrleute aufgetreten. Sie haben es letzte Woche abgelehnt, den Streik zu unterstützen. Ihre offenherzige Begründung: Sie könnten keine Aktion mitansehen, die die Regierung „weichmachen" könne. Die Feuerwehrleute jedoch ließen sich dadurch nicht beeindrucken. Sie erklärten: „Der Streik geht weiter."

FRANKREICH

Einen Feuerüberfall verübte die faschistische Gruppe „Delta" auf den Sitz der „Freundschaftsgesellschaft der Algerier in Europa". Sebai Laid, der als Nachtwächter in dem Gebäude Dienst tat, wurde von den Gangstern erschossen. Die offen faschistischen Elemente in Frankreich haben in der letzten Zeit immer wieder Nordafrikaner angegriffen, die in Frankreich als Gastarbeiter leben. Sebai Laid ist nicht das erste Opfer dieser braunen Banditen. Unterstützung bekommen sie von der französischen Regierung, die ihren Terroraktionen freien Lauf läßt. Die französische Bourgeoisie bedient sich dieser Banden, um die ausländischen Arbeiter zu terrorisieren. Gleichzeitig predigen die Faschisten den Rassismus und versuchen chauvinistische Stimmungen zu schüren, indem sie gegen die ausländischen Kollegen als Verantwortliche für die Arbeitslosigkeit hetzen. Aber mit dieser Hetze stehen die Faschisten nicht allein. Die gleichen reaktionären Tiraden kann man auch aus dem Mund von Ministerpräsident Barre hören.

JAPAN

Etwa 6.000 Eisenbahner aus Tokio und Osaka traten in den Streik, um gegen die arbeiterfeindlichen Gesetze zu protestieren, die das japanische Parlament dieser Tage verabschiedet hat. Die Streikenden forderten auch Lohnerhöhungen.

PALÄSTINA/ISRAEL

Während der Zionistenchef Begin und der ägyptische Präsident Sadat sich vorbereiten, unter dem Kommando der amerikanischen Supermacht in Kairo ihre „Friedensgespräche" fortzusetzen, sind neue Zusagen für Waffenlieferungen Washingtons an die Zionisten bekanntgeworden. Mit 25 Flugzeugen vom Typ F 15 A und 150 Flugzeugen vom Typ F 16 soll die Militärmaschine der zionistischen Aggressoren verstärkt werden. Was konnte deutlicher den wirklichen Charakter dieser Friedensfarce enthüllen? Nicht um den Frieden, um die Erfüllung der gerechten arabischen Forderungen geht es hier, sondern um die Kapitulation vor den Aggressoren.

Die amerikanischen Imperialisten, die jetzt als Vermittler auftreten, haben in Wirklichkeit niemals ihre Absicht aufgegeben, Israel als Gendarm ihrer Interessen aufzurüsten und zu weiteren Aggressionen zu ermutigen. Das zeigt sich nicht nur an den neuen Waffenlieferungen. Das zeigt sich auch daran, daß die Zionisten trotz aller „Friedensgespräche" die Vertreibung der Palästinenser von dem 1967 besetzten Boden vorantreiben und auf diesem Boden zionistische Siedlungen errichten.

Das palästinensische Volk hat seinen Kampf gegen die zionistischen Besatzer verstärkt. Es führt machtvolle Demonstrationen durch wie jetzt in Nablus am westlichen Jordanufer, wo Hunderte durch die Straßen zogen und antizionistische Parolen riefen. Auf der anderen Seite nehmen auch die militärischen Aktionen gegen den Feind zu. So sprengten palästinensische Partisanen kürzlich einen Panzerwagen und töteten dabei zwei israelische Soldaten. In der Hafenstadt Askalon legten Partisanen eine Sprengladung in ein Fahrzeugdepot der Armee. Durch die Explosion kamen mehrere Soldaten ums Leben. Außerdem entstand großer Sachschaden.

NAMIBIA

Die namibischen Patrioten unternahmen in der letzten Zeit mehrere Aktionen gegen die Rassistentruppen Südafrikas. Einige davon führten sie im nördlichen Teil Namibias durch. Dort verminte eine Einheit der Patrioten eine Brücke. Als Truppen des Vorster-Regimes diese Brücke überquerten, wurde sie in die Luft gejagt. Dadurch wurden viele Rassistensoldaten getötet oder verwundet. Bei einer weiteren Aktion in diesem Gebiet hatten die reaktionären Truppen zwei Tote und drei Verwundete. Pressemeldungen zufolge beklagten die Truppen des Vorster-Regimes im letzten Monat bei Zusammenstößen mit den Patrioten etwa 15 Tote und viele Verwundete.

ZYPERN

Kurz nach seinem Start stürzte ein amerikanisches Spionageflugzeug auf ein Flughafen-Kontrollzentrum in Südzypern. Dieser Unfall zeigte, daß die amerikanischen Imperialisten nach wie vor eine ausgedehnte Spionagetätigkeit im östlichen Mittelmeerraum betreiben. Ihre Flugzeuge sind auf einem britischen Militärstützpunkt in Zypern stationiert. Sie haben vor allem die Aufgabe, den Nahen Osten auszuspionieren, den israelischen Zionisten Angaben über die arabischen Militärkräfte zu liefern. Diese amerikanischen Spionagetätigkeit ist ein wichtiger Bestandteil in der Vorbereitung neuer Aggressionen der israelischen Zionisten.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Massendemonstrationen in Spanien

Junger Arbeiter von der Polizei erschossen

Ein neuer hinterhältiger Mord geht auf das Konto des reaktionären Regimes in Madrid. Es geschah während der Massendemonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht am vorletzten Wochenende: Im andalusischen Malaga klettern Jugendliche an der Fassade des Gebäudes der Provinzvertretung empor. In ihren Händen haben sie andalusische Fahnen, die sie dort über den Köpfen der Demonstranten aufziehen wollen. Die berüchtigte Bürgerkriegspolizei Guardia Civil eröffnet das Feuer. Mit einem Schuß in den Rücken bricht der 19jährige Arbeiter Manuel Garcia Caparros tot zusammen.

Millionen Menschen hatten an diesem Wochenende in den Regionen Andalusien und Galizien für das Selbstbestimmungsrecht demonstriert. Ähnliche Massenaufmärsche hatte es in den letzten Wochen und Monaten auch in Valencia, in Katalonien und in Euskadi (Baskenland) gegeben. Die Völker dieser Regionen fordern das Recht zum Gebrauch ihrer eigenen Sprache, das Recht auf Ausübung ihrer kulturellen Sitten und Gebräuche. All das war von den Franco-Faschisten verboten und für abgeschafft erklärt worden. Immer häufiger konnte man bei den Massendemonstrationen der letzten Zeit die republikanische Fahne sehen. Immer mehr Werktätige erkannten unter dem Einfluß der KP Spaniens/ML, der FRAP und der Republikanischen Konvention, daß der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht verbunden werden muß mit dem Kampf um die föderative Volksrepublik. Gerade der Mord von Malaga hat wieder gezeigt, daß das reaktionäre Regime niemals bereit ist, den Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu schenken. Darüber kann alles Gerede über eine angebliche „Liberalisierung" oder „Demokratisierung" nicht hinwegtäuschen.

Die Werktätigen Andalusiens haben nach dem Mord an Garcia Caparros ihre Kampfaktionen verstärkt. In der letzten Woche wurde der Generalstreik in der Region ausgerufen. Nach dem Begräbnis des ermordeten Arbeiters zogen Tausende vor das Büro des Zivilgouverneurs und traten zum Sturm auf das Gebäude an. Die Polizei versuchte, mit Tränengas und Hartgummigeschossen die Demonstration zu zerschlagen. Aber die Werktätigen hielten stand. Sie gingen zum Angriff auf Büros der faschistischen Parteien über und setzten einige davon in Brand.

Auch am Tage nach der Beerdigung stand Malaga im Zeichen erbitterter Straßenkämpfe. Auf dem Platz, wo Garcia Caparros von den Schergen des Regimes umgebracht worden war, sammelten sich die Menschen zum Protest gegen die Mörder. Und wieder eröffnete die Guardia Civil das Feuer. Ein vierzehnjähriger Junge wurde von einer Polizeikugel in die Schulter getroffen. Dieser erneute faschistische Mordanschlag hat die Empörung und den Haß der Massen noch weiter verstärkt. Sie lassen sich nicht einschüchtern. Sie werden im Gegenteil ihre Kämpfe weiter entfalten und dem Regime keine Ruhe mehr lassen.

Massenkämpfe auf den Bermudas

Straßenschlachten und Massendemonstrationen prägten in den letzten Wochen das Bild auf den Bermudas, einer britischen Kolonie im westlichen Atlantik. Die Ursache: Gegen zwei Schwarze war vom Gericht der britischen Kolonialisten die Todesstrafe ausgesprochen worden. Sie sollten angeblich vor einigen Jahren den Gouverneur, seinen Berater und den Polizeichef der Kolonie hingerichtet haben.



Aufmarsch der Polizei in Hamilton auf den Bermudas.

Trotz der Massenproteste wurde das Todesurteil von der britischen Königin auf Anraten der Londoner Regierung ausdrücklich bestätigt. Am vorletzten Freitag wurden die beiden Gefangenen vom Henker ihrer Majestät umgebracht. Die britischen Kolonialherren glaubten wohl, durch diesen Terrorakt die Bevölkerung der Bermudas einschüchtern und ihren imperialistischen Frieden wieder herstellen zu können. Aber das Gegenteil war der Fall. Tagelang tobten umso erbitterter die Straßenschlachten. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß der Ausnahmezustand ausgerufen und eine Sondereinheit des britischen „Spearhead-Bataillons" nach den Bermudas geflogen wurde. Mit Steinen, Brandbomben und anderen Waffen setzten sich die Werktätigen gegen die Besatzertruppen zur Wehr.

Auf den Bermudas ist wieder die Fratze der britischen Imperialisten sichtbar geworden. Sie haben gezeigt, wie sie ihren vielbeschworenen „Dialog mit der dritten Welt" führen: nämlich mit dem Henker und mit Militär-Spezialeinheiten. Dieser Sprache der Imperialisten müssen die Völker ihre eigene entgegensetzen, die der revolutionären Gewalt.

Bokassas Kaiserkrönung

"Er ist Frankreichs bester Freund in Afrika"

Der Kaiserthron war aus Frankreich importiert, aus Frankreich kamen Kutsche und Schimmelgespann, die den Potentaten zur Krönung in den Bokassa-Sportpalast an der Bokassa-Avenue brachten. Den Kaisermarsch spielte eine Kapelle der französischen Marineinfanterie und „made in France" war schließlich auch der neue Kaiser selbst: Jean-Bodel Bokassa, genannt Bokassa I. Er, der 23 Jahre lang in der Kolonialarmee der französischen Imperialisten gedient hatte, der Teilnehmer des Ausrottungskrieges gegen die Völker Indochinas war, hatte unlängst erklärt, er wolle „bis zum Tode Franzose bleiben."

Nun ist dieser Bokassa Staatspräsident und seit letzter Woche auch selbsternannter Kaiser der Zentralafrikanischen Republik. Und trotzdem Franzose? Das ist durchaus kein Widerspruch. Denn das afrikanische Land, früher Teil des französischen Kolonialreichs, ist zwar seit 17 Jahren formell unabhängig. Tatsächlich jedoch sind die französischen Imperialisten nach wie vor die Herren des Landes. 36 Millionen Dollar fließen jährlich aus Paris in die Zentralafrikanische Republik, und das ist nicht etwa eine Hilfe für das Volk, das zu den notleidendsten der Erde gehört. Die Ausbeutung der Rohstoffe wie Diamanten, Kaffee, Baumwolle usw., der Handel, das alles wird von den französischen Imperialisten kontrolliert.

Kein Wunder, daß Giscard über Bokassa sagte, er wäre „Frankreichs bester Freund in Afrika." Und das bezieht sich nicht nur darauf, daß dieser Reaktionär das Land an die französischen Monopole verkauft. Er ist auch eine treue Stütze der gesamten Afrika-Politik der französischen Imperialisten. Ein Beispiel: Immer heftiger wurde Paris in der letzten Zeit wegen seiner Wirtschafts- und Militärbeziehungen zu den südafrikanischen Rassisten angegriffen. Daraufhin nahm Bokassa selbst enge Beziehungen mit dem Vorster-Regime auf, holte südafrikanisches Kapital und Experten ins Land und empfing demonstrativ einen Minister des Rassistenregimes.

Bokassa, der für seine Dienste von den französischen Imperialisten reich belohnt wurde, u. a. mit einem Schloß und einem Rittergut in Frankreich, ist bei den Völkern Afrikas tief verhaßt. Seine Krönungsorgie, für die er ein Viertel des Nationaleinkommens der Zentralafrikanischen Republik vergeudet hat, rief Empörung und Abscheu unter allen Werktätigen hervor. Die Vertreter der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" haben über diese reaktionäre Marionette allerdings ein anderes Urteil als es die Völker haben. Einer ihrer Vertreter lobhudelte unverschämt: „Die Regierung und das Volk der Zentralafrikanischen Republik haben sich unter Führung von Präsident Bokassa unablässig um die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität, um die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und den Aufbau ihres Landes bemüht und dabei erfreuliche Erfolge erzielt."

Welche Erfolge denn? Daß die französischen Imperialisten das Kommando über Zentralafrika führen und Vorsters „Experten" dort ein und aus gehen? Daß die Volksmassen immer mehr verelenden und sich die Gefängnisse mit den Patrioten füllen? Das ist für die Vertreter der „Drei-Welten-Theorie" erfreulich, das fälschen sie auch noch zynisch um in ein Bemühen um nationale Unabhängigkeit und nationalen Wirtschaftsaufbau. Für diese Leute ist Bokassa ein Held der „dritten Welt", dem sie sich genauso verbunden fühlen wie Mobutu, Sadat oder dem Schah von Persien. Die Beziehungen dieses Ex-Kolonialsoldaten zu Frankreich heben sie in den Himmel als leuchtendes Beispiel für das Bündnis zwischen „zweiter" und „dritter" Welt.

Aber es sind imperialistische Beziehungen, es ist ein Bündnis, das auf der Ausbeutung und Versklavung des Volkes von Zentralafrika gründet. Und das sollen die Völker Afrikas hinnehmen? Und sollen wir etwa, nur weil sich Bonn im letzten Jahr mit 33 Millionen Mark an der Ausplünderung der Zentralafrikanischen Republik beteiligt hat, Schmidt ein Lob dafür aussprechen? Niemals! Die Völker Afrikas werden ihren Kampf für die wirkliche Befreiung fortsetzen, gegen die Imperialisten und ihre Lakaien, und in diesem Kampf werden sie die Unterstützung der Werktätigen unseres Landes und der anderen imperialistischen Länder haben.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

KP der Arbeiter und Bauern des Iran

Resolution über die internationale Lage

Kürzlich wurde die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran gegründet. Der Gründungsparteitag legte ein politisches und organisatorisches Programm fest und stellte den iranischen Kommunisten die Aufgabe, für die volksdemokratische Revolution zu kämpfen. Der Parteitag bekundete die Entschlossenheit der iranischen Kommunisten, an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus festzuhalten, und ihre Entschlossenheit, gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen den modernen Revisionismus, gegen die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" und die grausame Reaktion im Lande zu kämpfen. Der Gründungsparteitag verabschiedene außerdem eine Resolution über die internationale Lage.

Die Resolution hebt hervor, daß die Welt von heute in zwei einander entgegengesetzte Lager geteilt ist. Im Lager des Imperialismus stehen die beiden imperialistischen Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, steht die Bourgeoisie der imperialistischen Länder des Westens und des Ostens. In dieses Lager gehören auch die reaktionären Kräfte in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Kettenhunde und Lakaien des Imperialismus.

„Die beiden Supermächte", heißt es in der Resolution, „die amerikanische und die sowjetische, sind die beiden größten Faktoren der Konterrevolution und die beiden Hauptfeinde der Völker der Welt, die durch ihre Zusammenarbeit die Welt in Einflußzonen geteilt haben, wo sie die Reichtümer der Völker plündern und gegen die sozialistischen Länder zusammenarbeiten. Sie unterdrücken alle Kräfte, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen."

Gleichzeitig wird in der Resolution auf die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges hingewiesen, die vor allem aus dem Kampf der beiden Supermächte um Einflußbereiche entsteht.

In dem anderen Lager stehen die sozialistischen Länder, das Weltproletariat und die unterdrückten Völker.

Die Resolution hat die große Bedeutung der sozialistischen Länder für die Weltrevolution hervor und erklärt sich vollständig solidarisch mit der Partei der Arbeit Albaniens und der Analyse, die Genosse Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der PAA über die internationale Lage geleistet hat.

Die Resolution bekräftigt, daß das Proletariat in den kapitalistischen Ländern in unversöhnlichem Widerspruch zur eigenen Bourgeoisie steht. „Dieser Widerspruch kann nur durch die sozialistische Revolution und die Beseitigung des Imperialismus gelöst werden. Das Proletariat in diesen Ländern hört keinen Moment in seinem Kampf um Befreiung vom Joch der bürgerlichen Ausbeutung und Unterdrückung auf. Nur unter Führung der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien, gestützt auf die eigenen Kräfte und unterstützt durch den proletarischen Internationalismus, werden diese Kämpfe zur sozialistischen Revolution und zur Zerschlagung des Imperialismus führen."

Weiter heißt es in der Resolution: „Die Völker der kolonialen und neokolonialen Länder haben genug von der Unterdrückerherrschaft einer Handvoll Männer, die in der Hand von imperialistischen Plünderern und Dieben sind. Die Kämpfe dieser Völker gegen die lokalen Diener und Agenten des Imperialismus wachsen täglich mehr an und werden andauern bis zum vollständigen Sturz der kolonialen und neokolonialen Regimes, bis zum vollständigen Sieg über den Imperialismus und seine Kettenhunde."

Abschließend wird in der Resolution die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" angeprangert. „Diese Theorie", heißt es in der Resolution, „sieht das Problem der grundlegenden Widersprüche in der Welt nicht vom Klassenstandpunkt aus. Sie leugnet den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern, den Widerspruch zwischen der lokalen Reaktion und den Völkern, den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie gibt vor, der Sozialimperialismus sei die Hauptgefahr, beschönigt den amerikanischen Imperialismus und läßt die europäischen und japanischen Imperialisten als ‚Unterdrückte' durchgehen... Sie ist in der marxistisch-leninistischen Bewegung unserer Zeit aufgetaucht und predigt die Versöhnung, die Zusammenarbeit und die Koexistenz der Klassen. Ziel dieser Theorie ist es, die Front gegenüber dem Imperialismus und vor allem gegenüber dem amerikanischen Imperialismus niederzuschlagen, das Proletariat und die Völker der Welt in ihrem Kampf um ihre Befreiung von jeder Art der Ausbeutung und Sklaverei zu entwaffnen... Diese Theorie führt zur Aufgabe des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus. Deshalb ist sie eine antimarxistische und konterrevolutionäre Theorie."

Iran

Die Volksmassen verstärken ihren Kampf

Mit der Gründung der KP der Arbeiter und Bauern des Iran haben die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen nach langen Jahren wieder eine revolutionäre Vorhutpartei, die ihren Kämpfen Ziel und Richtung gibt. Die Gründung der KP der Arbeiter und Bauern des Iran war um so notwendiger geworden, weil sich diese Kämpfe in der letzten Zeit, ungeachtet des faschistischen Terrors, der im Lande herrscht, immer mehr verstärkt haben.



Immer wieder erhoben sich die Volksmassen gegen das imperialistische Joch und die faschistische Tyrannei.

Das Regime des Schah gehört zu den reaktionärsten Regimes, die es überhaupt gibt. Im Iran gibt es 100.000 politische Gefangene, Tausende wurden von den Schergen des Regimes ermordet, weil sie für die Freiheit, für das Recht der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gekämpft haben. Der Schah selbst und die Bande, die in seinem Dienst steht, ist nichts weiter als eine Bande von Blutsaugern, die das Volk auspreßt. Die amerikanischen Imperialisten haben ihn auf den Thron gesetzt, und als ihr Lakai und Kettenhund verkauft er die Reichtümer des Landes an die imperialistischen Monopole. Seit geraumer Zeit beteiligen sich auch die sowjetischen Sozialimperialisten an der Ausplünderung des Iran. Während dieser Verräter in Palästen wohnt, seine zusammengeraubten Reichtümer verpraßt und Millionen Dollar im Ausland investiert, leben die Volksmassen im Elend.

Die Arbeiterlöhne reichen kaum aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Selten findet man einen Arbeiter, der mehr als 50 Pfennig in der Stunde verdient. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. In der Stadt Hamadan z. B. sind über 50% der Menschen zwischen 20 und 40 Jahren arbeitslos.

Noch schlimmer ist die Lage der Werktätigen auf dem Land. Das Elend ist hier so groß, daß die Bauern in Massen in die Städte flüchten, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. 70% der Bevölkerung können weder lesen noch schreiben, die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 30 Jahren.

Unter diesen Umständen erheben sich die Volksmassen des Iran mehr und mehr zum Kampf. Die armen und ausgebeuteten Massen kämpfen für ein besseres Leben und für die Freiheit. In den Industriezentren häufen sich die Streiks der Arbeiter. Wenn auch noch verstreut, kommt es immer öfter auf dem Land zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Bauern und den Feudalherren sowie den Schergen des Regimes. Die Jugend und die Intellektuellen revoltieren gegen die faschistische Unterdrückung, gegen das Fehlen jeglicher Freiheit und den nationalen Verrat des Regimes. Immer wenn sich die Massen zum Kampf erheben, antwortet das Regime mit brutalem Terror. Dutzende von Arbeitern fielen im Kugelhagel der faschistischen Polizei. Brutal hat das Schah-Regime die Demonstrationen der Studenten niederschießen lassen. Über 50 Studenten wurden ermordet. Man kann die Schwierigkeiten ermessen, die die iranischen Marxisten-Leninisten, die sich um die Zeitung „Toufahn" zusammengeschlossen hatten, um die Gründung der Partei der Arbeiterklasse im Iran vorzubereiten.

Der Kampf für die Gründung der Partei war schwierig und komplex. In der ersten Nummer des Zentralorgans der Partei, „Toufahn", das jetzt im Iran herausgegeben wird, rufen die iranischen Kommunisten auf: „Wir rufen alle Revolutionäre und insbesondere die jungen Revolutionäre auf, sich unter dem Banner der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran zu sammeln, ihre Kräfte für die Verteidigung der Interessen und Ideale der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker des Iran zusammenzuschließen für den Sturz des Unterdrückerjochs von Mohamed Reza Schah, diesen Henker, und der Herrschaft des Imperialismus, für die Schöpfung eines unabhängigen, freien Iran."

Grussadresse des ZK der KPD/ML

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran

Liebe Genossen!

Mit großer Freude haben wir die Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran gehört. Im Namen unserer gesamten Partei beglückwünschen wir Euch von ganzem Herzen zu diesem Schritt und grüßen Euch in brüderlicher, proletarisch-internationalistischer Verbundenheit.

Die Gründung Eurer Partei beweist die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Weder der grausame Terror des faschistischen Schah-Regimes, weder der schmähliche Verrat, den die revisionistische Clique des „Zentralkomitees" der Tudeh-Partei am Marxismus-Leninismus und an den revolutionären Idealen der Völker des Iran übte, noch die Manöver, Komplotte und Verschwörungen der Opportunisten aller Schattierungen, die sich gegen den Wiederaufbau der Partei richteten, haben Euch, die wahren Marxisten-Leninisten des Iran, die um die Zeitung „Toufahn" zusammengeschlossen waren, daran hindern können, vorwärtszuschreiten, im Kampf alle Hindernisse zu überwinden und mit der Gründung der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran eine neue Seite im Buch der revolutionären Kämpfe der Völker des Iran aufzuschlagen.

Mit der Gründung Eurer Partei verfügen die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die übrigen Werktätigen des Iran, die eine große revolutionäre Kampftradition besitzen, jetzt wieder über den Kampfstab, der allein sie zum Sieg in der volksdemokratischen Revolution führen kann und wird, zur Schöpfung eines unabhängigen, von allen Ketten des Kolonialismus und der Ausbeutung befreiten Iran, der zum Sozialismus voranschreitet.

Zahlreich sind die Feinde, die die Völker des Iran bis aufs Blut ausplündern und grausam unterjochen. Der amerikanische Imperialismus und in seinem Gefolge die anderen imperialistischen Mächte des Westens, zu denen auch der westdeutsche Imperialismus gehört, betrachten die Völker des Iran und die Reichtümer des Iran als Objekt ihrer ungezügelten Profitgier. Das gleiche tun auch die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Lakaien, die sich bemühen, in Eurem Land Fuß zu fassen.

Sie alle stützen das reaktionäre, faschistische Regime Pahlewis, der vor allem ein gekaufter Agent des amerikanischen Imperialismus bleibt, ein Henker, an dessen Händen das Blut Tausender ermordeter Marxisten-Leninisten, Revolutionäre, Antifaschisten und Patrioten klebt, der den Freiheitskampf der Völker des Iran in Blut und Terror zu ersticken versucht. Dieses Regime ist die Verkörperung der finstersten Kräfte der Reaktion. Die modernen Revisionisten, die den Marxismus-Leninismus von Grund auf verraten haben, versuchen seit jeher das Regime des Schah zu rehabilitieren und ihm die eine oder andere gute Seite abzugewinnen. Sie tun das, um die Revolution abzuwürgen. In ihren Fußstapfen wandeln auch die Verfechter der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten", die der Verrat am Marxismus-Leninismus dazu geführt hat, dem Schah und seiner Verbrecherbande den Mantel eines antiimperialistischen Helden umzuhängen.

Der Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen seine neueste Spielart, die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten", gegen den Opportunismus aller Schattierungen ist eine Grundvoraussetzung zum Sieg der Revolution.

Liebe Genossen!

Unsere Partei ist mit Euch durch den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verbunden. An verschiedenen Fronten und unter verschiedenen Bedingungen kämpfen wir für ein gemeinsames Ziel, für den Triumph der Weltrevolution und den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt. Unser Beitrag dazu ist der Kampf für die sozialistische Revolution im Westen und Osten unserer Heimat, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Möge sich die Freundschaft zwischen unseren Parteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter festigen.

Es lebe die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der KPD/ML
Ernst Aust,
Vorsitzender des Zentralkomitees

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



"Hilfswerk Adveniat"

Weihnachtsspende für die faschistischen Generäle

Jetzt, in den Wochen vor Weihnachten, wird wieder allerorten gesammelt. Auf der Straße, an der Haustür: „Bitte eine kleine Spende." Aber Spende wofür? Früher, wenn die Pfaffen die Schulkinder zum Betteln losschickten, hieß es: „Für die armen Negerkinder." Und das Geld wanderte dann in die Missionen, die Stützpunkte der Kolonialherren. Und heute? Heute drückt man sich gewählter aus: „Projekte in der dritten Welt."

Eines der größten Unternehmen dieser Art, das Geld für solche Projekte zusammenbettelt, ist die „Adveniat", betrieben von der Katholischen Kirche. 86 Millionen Mark waren es immerhin, die im letzten Jahr den Menschen aus der Tasche gezogen wurden. „Adveniat" betreibt ihre „Projekte" in Lateinamerika. Angefangen hat sie mit ihrer frommen Arbeit auf diesem fernen Kontinent im Jahr 1961. Das war eine Zeit der revolutionären Gärung, eine Zeit, da Massenaktionen und Partisanenkämpfe die Herrschaft der Wallstreet-Marionetten von Argentinien bis Nicaragua erschütterten. Auch die Kirche blieb nicht unberührt von diesen Bewegungen. Im niederen Klerus dachte mancher laut nach über die Ursachen der Armut und des Elends auf dem Kontinent.

Hier sprang „Adveniat" ein. Um solchen unfrommen Tendenzen entgegenzuwirken, wurde mit den Millionen aus Westdeutschland ein Programm finanziert, das der noch engeren Verbindung der Kirche mit den Gorillas der Militärdiktaturen diente. Und damit die Gelder auch richtig verteilt würden, heuerten die westdeutschen Bischöfe einen gewissen Roger Vekemans an, den Direktor eines „Studienzentrums für die Entwicklung und Integration Lateinamerikas". Dieser Herr brachte die notwendige Erfahrung mit. Er stand im Sold des CIA. Und so flossen nun die Gelder des amerikanischen Geheimdienstes und der westdeutschen Katholiken aus der gleichen Quelle.

Die faschistischen Gorillas, die Pinochet, Banzer, Geisel usw. sind bis heute hoch zufrieden mit der Arbeit von „Adveniat". Und sie zeigten sich auch dankbar: Aus der blutbefleckten Hand des bolivianischen Diktators Banzer konnte Bischof Hengsbach, Chef von „Adveniat" kürzlich den höchsten Orden des Landes, den „Condor der Anden" entgegennehmen.

Zum fünften Mal in diesem Jahr

Preissteigerungen in der Sowjetunion

In der Sowjetunion sollen erneut die Preise steigen. Für viele Haushaltswaren und Güter des allgemeinen Bedarfs müssen die Werktätigen mit Preiserhöhungen von ca. 25% rechnen.

Preiserhöhungen in einem sozialistischen Land? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das wissen natürlich auch die Sowjetrevisionisten. Und weil die Sowjetunion auf der einen Seite genauso „sozialistisch" ist wie die Bundesrepublik (nämlich gar nicht), auf der anderen Seite aber auf Biegen und Brechen die sozialistische Fassade gewahrt werden soll, erfinden die Sowjetrevisionisten jedesmal neue Tricks, um den Werktätigen zu „erklären", wieso zwar die Preise steigen, von Preiserhöhung, von Teuerung wie in den westlichen kapitalistischen Ländern aber trotzdem nicht die Rede sein kann.

Die Parole heißt: „Bessere Qualität durch höhere Preise". Glaubt man der sowjetischen Propaganda, dann geschehen die Preiserhöhungen nicht zu ihrem Nachteil, sondern zu ihrem Vorteil. Denn — so die Herren im Kreml — die Qualität der Waren in der Sowjetunion ist schlecht. Die Beschwerden darüber nehmen zu. Die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, etwa beschränktere Erhöhungen der Preise, haben nichts genutzt. Also bleibt der Sowjetregierung, die dem Wunsch der Werktätigen nach Waren guter Qualität nachkommen will, nichts anderes übrig, als diesmal die Preise drastisch zu erhöhen. Von Teuerung kann also keine Rede sein — wie man deutlich sieht.

Wie diese vielbeschworenen „Qualitätsverbesserungen" aussehen, haben die sowjetischen Werktätigen schon oft am eigenen Leib spüren müssen. Etwa am Beispiel des Schigulli, eines russischen Autos, das zunächst 5.500 Rubel kostete. Dann wurde dieses Fabrikat „qualitätsverbessert". Es erhielt Chromleisten und Doppelscheinwerfer. Neuer Preis: 7.500 Rubel. Ein anderes Beispiel für diese Art „Qualitätsverbesserung" war der Zwieback. Ein Paket normaler Zwieback kostete 28 Kopeken. Doch eines Tages suchte man diesen Zwieback vergeblich in den Geschäften. Er war aus dem Verkehr gezogen worden. Zu kaufen gab es nur noch „qualitätsverbesserten" Zwieback mit Zucker. Kostenpunkt 55 Kopeken. Diese Beweise der Sorge der Herren im Kreml um das Wohl der Werktätigen ließe sich beliebig fortsetzen.

Natürlich können diese lächerlichen Manöver niemanden täuschen. Es geht den russischen Sozialimperialisten nicht um bessere Qualität, es geht ihnen darum, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. So wie bei den anderen Preissteigerungen in diesem Jahr auch. Als am 1. 1. die Preise für Zeitungen bis zu 50% stiegen; als am 4. 1. die Preise für Kristallglas und bestimmte Bücher erheblich erhöht wurden; als am 1. 4. die Preise für Taxifahrten, Inlandsflugreisen und Schiffreisen um durchschnittlich 20% erhöht wurden (wobei interessanterweise beim Flugverkehr gleichzeitig eine erste Klasse eingeführt wurde), und als schließlich Anfang November das Porto für sämtlich Auslandssendungen verdoppelt wurde.

Aber diese wachsende Teuerung, die vielen sowjetischen Werktätigen ein Leben in Hunger und Not aufzwingt, wird ihren Haß gegen dieses sozialfaschistische Ausbeuterregime verstärken und dazu führen, daß sie es immer entschlossener bekämpfen werden.

Nieder mit der Faschistenprovokation!



Unter dem Schutz der Polizei rotteten sich am Samstag, den 10. 12., vormittags, in Münster ca. 20 Faschisten zusammen, bauten einen Stand auf und warben für eine Kundgebung, die sie nachmittags abhalten wollten. Um gegen die faschistische Provokation zu protestieren, hatten sich rund 200-300 Jugendliche vor dem Stand versammelt, darunter auch viele Genossen und Freunde der Partei. Sie warfen Flugzettel und verteilten Flugblätter. Einer der Nazis, der sich hinter dem Rücken der Polizisten hervorwagte, um Flugblätter zu verteilen, bekam ein Farbei vor den Kopf. Auch nachmittags hatten sich wieder rund 200-300 Antifaschisten versammelt, um die Nazikundgebung zu verhindern. Die lautstarken Proteste der Antifaschisten und die Farbeier, mit denen die Faschisten bombardiert wurden, machten die Kundgebung für die Nazis zu einem Mißerfolg. Auch nachmittags war wieder die Polizei aufmarschiert und nahm einen Antifaschisten fest.

Trainerkarussell Lorant/Cramer

Empörung bei den Fussballfreunden

Gyula Lorant, Trainer von Eintracht Frankfurt, packte mitten in der Saison seine Sachen, ließ die Mannschaft im Stich und fuhr nach München, um den Niedergang der Bayern zu stoppen (gegen gutes Geld, versteht sich). Sein Kollege Dettmar Cramer soll den Platz mit ihm tauschen. Daß Cramer nicht will, daß ihn die Bayernspieler nicht gehen lassen wollen, kümmert ihren Boß Neudecker wenig. Die Fußballbundesliga hatte ihren jüngsten Skandal. Nicht den ersten und sicher auch nicht den letzten.

Die Umstände dieses „Blitztauschs", wie die Aktion genannt wurde, haben viele Fußballfreunde zu Recht empört, die packende, mitreißende Spiele erwarten. Wo so offensichtlich Anstand und Moral mit Füßen getreten werden, ist etwas faul. Der Profifußball ist ein Riesengeschäft. In den Stadien werden jede Woche Millionen von DM umgesetzt. Am Geschäft mit dem Fußball verdient eine ganze Legion von Spekulanten, von halb- und ganzseidenen dunklen Existenzen (um hier nur den Namen Siebert zu nennen, der seinen Managerposten bei Schalke 04 dazu ausnutzte, sich den Verkauf von Würstchen, Getränken usw. im Stadion und darüber hinaus in fast ganz Schalke unter den Nagel zu reißen), von Werbemanagern und Mäzenen, von Baulöwen und Grundstücksspekulanten. Der Bundesliga-Fußball läßt die Auflagen von Springers „Bild am Sonntag" in die Höhe schnellen. Für die Stadtverwaltungen von Dortmund, Frankfurt, München ist der Tabellenplatz ihres Clubs lukrative Werbung. Sensationelle Spielerkäufe und Trainerwechsel sollen die Zuschauer in die Stadien locken, wo man ihnen von Saison zu Saison für eine Eintrittskarte mehr Geld aus der Tasche zieht. Wo man „Topzuschläge" verlangt, wenn ein Spiel der Spitzenklasse zu erwarten ist.

Im Profifußball regiert das Geld, die Wolfsmoral des Kapitalismus. Entweder wir oder die anderen — auf die Mittel soll es uns dabei nicht ankommen — ist die Moral der Präsidenten und Vorstände der Clubs. Trainer werden für Hunderttausende von DM verpflichtet, Spieler für Millionen gekauft, wenn sie „versagen", wenn sie nicht in die Mannschaft passen, werden die Verträge zerrissen, der Spieler auf die Transferliste gesetzt, ob er will oder nicht.

Die vielbeschworene Kameradschaft in den Mannschaften ist nur allzuoft eine leere Phrase. In Wirklichkeit tobt unter den Spielern ein erbitterter Konkurrenzkampf, angestachelt durch Prämien, Sonderverträge, dadurch, daß einige Spieler im Geld schwimmen, andere dagegen auf der Reservebank sitzen oder zwar jeden Samstag aufs Spielfeld laufen wie der Star, sich aber mit einem „bescheidenen" Verdienst zufriedengeben müssen.

Wo es in fast jeder Mannschaft einige Stars gibt, die das Zigfache von dem der anderen Spieler verdienen und zahlreiche Privilegien genießen, kann von Kameradschaft keine Rede sein. Was sind das für Verhältnisse, wenn ein Torwart im „Aktuellen Sportstudio" zwar Stein und Bein schwört, sein Kollege auf der Reservebank sei sein bester Freund, in Wirklichkeit aber nur darauf wartet, daß sich dieser verletzt oder in eine Formkrise gerät? Was sind das für Verhältnisse, wenn schon Vereine der zweiten Kreisklasse („Amateure" also) beigehen und Spieler für 1.000 DM kaufen?

Fußball ist ein packender, begeisternder Sport. Die Spieler der Bundesliga sind Könner, die Millionen begeistern. Aber dieser Sport wird verdorben durch die Machenschaften der Bosse, wird verdorben dadurch, daß diesen Sport das Kapital regiert, wird verdorben von der Wolfsmoral des Kapitalismus, der sich nur wenige (Trainer und Spieler) entziehen können.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31.Tel., 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr. 16.00-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 Essen (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.